

SEIT
1946

05/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 14Z04 0222 M, Nr. 05/2019



JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER

(JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRNICE, CZ)

Gekommen, um zu siegen
Julia Herr

Meistern wir den Wandel
Max Lercher

**Mut für Österreich –
das Wahlprogramm der SPÖ**

**„Politische Debatte ist ohne
Konflikt nicht möglich“**
Interview mit Kevin Kühnert

EDITORIAL

Das Strache-Gudenus-Video hat Österreichs Politik erschüttert und Neuwahlen herbeigeführt. Bei aller Erschütterung, hat es manches beim Alten gelassen: Die Fähigkeit der FPÖ und der ÖVP ihre Skandale schön zu reden und durch Ablenkungsmanöver harmloser aussehen zu lassen als es tatsächlich ist, ist wesentlich ausgeprägter als die spontane Kompetenz der Sozialdemokratie zum Angriff überzugehen. Im Kampf um die Deutungshoheit der Ibiza-Ereignisse und was sie bedeuten, hat die Sozialdemokratie bis 29.9. einen gewissen Rückstand aufzuholen. Und gleichzeitig ist jeder Defätismus fehl am Platz: Die Chance, der gekauften Politik der schwarz-blau-türkisen Regierung am 29.9. eine Absage zu erteilen ist und intakt, braucht neue Wege der SPÖ.

Diese Ausgabe widmet sich daher schwerpunktmäßig der Frage, welche programmatischen und kommunikativen Akzente die Sozialdemokratie braucht.

An der Spitze dieses Heftes steht ein Beitrag von **Julia Herr**, die leidenschaftlich für einen **offensiven Ansatz** für diesen Wahlgang plädiert und **Siegeswillen** an die Stelle der wiederholt merkbaren Selbstbeschädigung setzen möchte.

Ludwig Dvořák analysiert die **Ausgangsbedingungen** dieser Wahlen und die tiefere **Bedeutung des Ibiza-Videos** für den Bruch der Regierungskoalition.

Max Lercher skizziert in einem Essay, welche inhaltlichen Akzente und **grundsätzlichen Herangehensweisen** es braucht, um als Sozialdemokratie wieder mehrheitsfähig zu werden.

Schließlich dokumentieren wir die **Leitlinien für das Wahlprogramm der SPÖ**, mit der vom Bundesparteirat der inhaltliche Rahmen unseres Wahlkampfes abgesteckt wurde.

Diese Ausgabe widmet sich aber auch den europaweiten Herausforderungen der Sozialdemokratie: **Sara Costa** hat den deutschen **JUSOS-Vorsitzenden Kevin Kühnert** zu dessen vieldiskutierten Verstaatlichungsthesen und ihren Kontext **interviewt**.

Und **Wolfgang Edelmüller** hat analysiert, welche Potenziale die neuen Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament für eine „**Progressive Allianz**“ bieten und wie sie (noch nicht) genutzt werden.

Die Ibiza-Affäre hat nicht nur Österreichs Innenpolitik, sondern auch die redaktionelle Planung erschüttert. Sie hat genau zu Redaktionsschluss der Ausgabe 05/2019 den überwiegenden Großteil der Heftplanung für die Ausgaben 05/2019 und 06/2019 überholt. Wir haben uns entschieden, diese Heft neu zu gestalten, statt die von der aktuellen Situation überholten Beiträge zu drucken und bitten um Verständnis für die dadurch bedingte Verzögerung. Ausgabe 06/2019 erscheint bereits in zwei Wochen. Das Sommerheft wird Ende August in Druck gehen und den normalen Rhythmus, wenn auch mit einer weihnachtlichen Ausgabe 13/2019, wiederherstellen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre und einen schönen Restsommer!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER
MO, 01.07.2019 – SO, 27.10.2019
JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRTNICE, CZ
náměstí Svobody 263, 588 32 Brtnice, Tschechische Republik
Öffnungszeiten Museum
Di 10:00–22:00 Uhr
Mi–So 10:00–18:00 Uhr
Mo geschlossen

Otto Prutscher, Stengelgläser, Wien, um 1907
Ausführung: Meyr's Neffe, Adolf (Adolfov, CZ), für E. Bakalowitz Söhne
Glasüberfang, geschnitten
© **Moravská Galerie, Brno**

6 Gekommen, um zu siegen

VON JULIA HERR

10 Ibiza: Ein Sittenbild der Kurz-Regierung

VON LUDWIG DVOŘÁK

16 Meistern wir den Wandel

VON MAX LERCHER

22 Mut für Österreich – das Wahlprogramm der SPÖ

32 „Politische Debatte ist ohne Konflikt nicht möglich“

INTERVIEW MIT KEVIN KÜHNERT VON SARA COSTA

36 Der Kuhhandel und die „progressive Allianz“

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

Gekommen, um zu siegen

In ihrem Beitrag wendet sich **Julia Herr** vehement gegen das Argument, bei der Wahl im Herbst ginge es vornehmlich um die Auswahl von Sebastian Kurz' künftigen Koalitionspartner. Die SPÖ muss die Zeit bis zum 29.9. nutzen, um die politischen Alternativen zu einer vom früheren Bundeskanzler verkörperten, gekauften Politik aufzuzeigen. Nur wenn die Sozialdemokratie in ihren Inhalten und ihrer Art Politik zu machen das Veränderungspotenzial klarmacht, kann sie an die Spitze der Regierung zurückkehren.

Die meisten Medienkommentare waren sich vom ersten Tag der Ibiza-Affäre einig: Bei den anstehenden Wahlen werde Sebastian Kurz, der überlegene Kommunikator triumphieren. Zu entscheiden sei allenfalls noch, wer sein künftiger Koalitionspartner wird.

Auch wer drei Monate vor der Nationalratswahl Interviews ehemaliger und aktueller SPÖ-Parteigranden las, konnte Zweifel bekommen, dass sie die Wahl überhaupt gewinnen wollen. Die einen riefen von der Seitenlinie zu, die Wahl sei schon verloren. Die anderen meinten, nur unter Sebastian Kurz gäbe es eine Chance auf eine Regierungsbeteiligung. Da konnte man als SPÖ-Mitglied nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen!

Was eigentlich gesagt gehörte: ÖVP und FPÖ sind 2017 ans Werk gegangen, um ihr wesentliches politisches Ziel umzusetzen: fette Rendite für ihre mächtigen Großspender zu liefern. Mit Diskussionen rund ums Thema Asyl versuchten sie immer wieder vom eigentlichen Plan abzulenken. Das wirklich Neue an der Regierung Kurz war die Schamlosigkeit, mit der Lobbyinteressen bedient worden sind. Deshalb ist die SPÖ auch weder in einer Koalition mit Türkis noch mit Blau denkbar: Der geplante Umbau unseres Staates zum Selbstbedienungsladen für Millionäre ist mit der SPÖ nicht zu machen.

KÄUFLICHE POLITIK

Ibiza markiert ein politisches Erdbeben. Nicht wegen des fragwürdigen weißen Pulvers am Glastisch oder wegen der medial in Szene gesetzten Leiden des jungen Sebastian Kurz. Sondern weil hier offen ausgesprochen wurde, wie Türkis-Blau dann tatsächlich regiert hat. Weil endlich verständlich ist, warum man plötzlich, in einer isolierten Einzelmaßnahme, die Umsatzsteuer für Hoteliers um 140 Millionen Euro gesenkt hat, nachdem wenige Monate zuvor Hoteliers Geld an Kurz spendeten.

Straches Ibiza-Video wirft zwangsläufig die Frage auf, ob die Kurz-ÖVP mit der Stückelung von Millionenspenden und der Nutzung seltsamer Vereine nicht genau jenes System der illegalen Parteienfinanzierung betreibt, das Strache im Video mit Händen und Füßen erklärt. Und es richtet die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, welchen Zusammenhang es zwischen Millionenspenden von Großindustriellen und der schnellen Einführung des Zwölfstundentags gibt.

Sebastian Kurz hat daher jedes Interesse daran, in die Opferrolle zu schlüpfen, um sich gegen diese mehr als berechtigten Fragen und Kritikpunkte kommunikativ zu „immunisieren“. Um sein politisches Projekt am Leben zu erhalten ist ihm jeder Untergriff recht. Wohl einmalig in der Geschichte der Republik wurde einem Bundeskanzler per Einstweiliger Verfügung untersagt, faktenfreie Unterstellungen gegen politische Mitbewerber weiter zu verbreiten. Während

die Gerichte ihn dazu zwingen, seine schamlosen Behauptungen zumindest vorsichtiger zu formulieren, versucht er sogar das von seinem früheren Kabinett zu verantwortende Schredern von Festplatten des Bundeskanzleramts als „Anpatzen“ zu inszenieren.

Er will damit mehrerlei erreichen: Er will einerseits Verwirrung stiften, um berechtigte Kritik und aufklärungsbedürftige politische Fragen mit abstrusen Behauptungen und politisch bedeutungslosen Gerüchten in einen Topf zu werfen zu können. Andererseits soll die Aussicht, dass jedes auftauchende Indiz für fragwürdiges Verhalten im Kanzleramt wehleidig als „Anpatzen“ markiert wird, präventiv dafür sorgen, dass diese Indizien erst gar nicht öffentlich gemacht werden.

AUFKLÄRUNG IST UNERLÄSSLICH

Es ist völlig unerheblich, ob Sebastian Kurz Clubs besucht und was er dort privat tut oder lässt. Selbst wenn auch nur ein Bruchteil der Geschichten, die in sozialen Medien kursieren, nicht völlig frei erfunden wären – das tut alles nichts zur Sache. Sehr wohl von Relevanz ist hingegen, wie im System Kurz Politik gemacht werden. Welche wirtschaftlichen Netzwerke mit welchen Methoden politischen Einfluss nehmen, um ihre Vorstellungen umzusetzen. Denn im Unterschied zu Kurz Privatleben geht uns das alle etwas an. Denn hier geht es konkret darum, wer in Österreich wie Politik für wen macht. Und das – und nicht irgendwelche Schmuddel-Storys – sind die entscheidenden Fragen für den 29.9.

Die SPÖ hat daher jedes Interesse daran, über konkrete Politik und über politische und wirtschaftliche Einflussnahme auf die Politik zu sprechen. Und überhaupt kein Interesse daran über die Person Sebastian Kurz zu sprechen. Es ist bezeichnend, dass es zuletzt vor allem seine eigenen Jünger waren, die im großen Stil die skandalösen Hetz-Seiten eines psychisch offenbar Verwirrten via Social Media zu ungeahnter Publizität verhalfen, nur um weiter am Opfermythos bauen zu können.

MILLIONÄRSROUTE SCHLIESSEN

Die Wahl am 29. September ist keine Wahl wie jede andere. Sie muss eine Abstimmung zwischen gekaufter Politik und einer Politik für die vielen sein. Eine Abstimmung darüber, ob die Gier und der Machthunger einzelner Karrierepolitiker das Land regieren soll, oder ob wir gemeinsam die Kontrolle über unser Leben zurückerlangen.

Ist eine Neuauflage von Türkis-Blau nicht ohnehin fix? Stehen nicht die Neos, womöglich auch Teile der Grünen, bereit, um Kurz eine alternative Mehrheit zu verschaffen? Ehrlich? Keine Ahnung! Was ich aber weiß ist, dass niemand vor zwei Jahren zu hoffen gewagt hätte, dass Türkis-Blau so rasch und so offen ihren Regierungszweck enttarnen: Millionärs-Route statt Balkan-Route.

Und noch etwas kam völlig unerwartet: Die Möglichkeit, über diese Politik abzustimmen. Der seit Wochen spürbare Defätismus ist daher völlig fehl am Platz. Natürlich: Die Kurz-ÖVP startet mit einer deutlichen Überlegenheit in den Umfragen, Kommunikationsfähigkeit und Medienkontrolle in diesen Wahlkampf. Die skandalösen Vorgänge rund um Schreddergate und das Aufkommen bislang verschleierte Millionenspende großer Industrieller haben zweifellos dieser Maschinerie nur kleine Kratzer und keinen irreparablen Schaden zugefügt. Aber ist die geradezu hysterische Reaktion nicht auch ein Zeichen, dass die ÖVP die Gefahr sieht, die darin besteht, wenn sichtbar wird, wie sehr die Ibiza-Affäre die Arbeitsgrundlage der schwarz-türkis-blauen Koalition sichtbar gemacht hat?


ROTE TO-DO-LISTE

Natürlich, die SPÖ hätte schneller, härter, pointierter auf Ibiza reagieren können. Sie hätte den Misstrauensantrag besser begründen, offensiver auftreten müssen. Und sie trägt selbst Schuld an den aktuell schlechten Umfragewerten. Aber wir dürfen nicht blind sein für die Chance, die sich jetzt ergibt: den Einfluss von Millionären auf unsere Wahlen zu bremsen! Noch nie war käufliche Politik so sichtbar wie heute. Ja, die Reform der Parteifinanzierung kann nur ein erster Schritt gewesen sein. Wirksamere Kontrolle und die weitere Schließung von Schlupflöchern ist wohl der unerlässliche zweite Schritt. Aber mit der Einschränkung von Großspenden ist es der SPÖ im Nationalrat gelungen, gegen die Käuflichkeit der Politik zu steuern. Die weinerlichen Reaktionen der bislang großzügig beschenkten Parteien darauf sprechen diesbezüglich Bände. Die Sozialdemokratie hatte recht damit, der Regierung Kurz im Nationalrat das Misstrauen auszusprechen und damit die Aufklärung fragwürdiger Vorgänge und wirksame Maßnahmen dagegen überhaupt erst zu ermöglichen. Aber das kann nur der erste Teil gewesen sein. Denn nun geht es darum, die eigenen Vorstellungen in den Mittelpunkt zu rücken und die Alternative greifbar zu machen, die es zum „System Angst“ von Kurz und Kickl gibt.

DAS EIGENE PROGRAMM IN DEN MITTELPUNKT

Die SPÖ hat im Nationalrat damit begonnen, die wesentlichen inhaltlichen Auseinandersetzungen dieses Wahlkampfes abzustecken: Die volle Anrechnung der Karenzzeiten bringt in Zukunft für hunderttausende Frauen im Land bares Geld und einen Riesenschritt in Richtung Lohngleichheit. Der Papamonat ist ein wichtiges Symbol für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auch für junge Väter. Das Glyphosat-Verbot ist ein lang überfälliges Lebenszeichen einer Politik, die den Umwelt- und Klimaschutz wieder über die Interessen der Agrar- und Industrielobby stellt. Diesen Anträgen werden im September weitere folgen. Die Herausforderung des Intensivwahlkampfes wird es sein, aus dem Mosaik großer und kleiner Verbesserungen das große Bild, die spürbare Alternative erlebbar zu machen.

Die SPÖ muss in den nächsten Wochen klarmachen, worin die eigentliche Wahl besteht: die Wahl zwischen einer Arbeitswelt, wo Beschäftigte das Recht auf eine selbstbestimmte Viertagewoche bekommen, oder einer Arbeitswelt, wo für weniger Geld mehr gearbeitet werden muss. Die Wahl zwischen Klimaschutz oder Klimakatastrophe. Die Wahl zwischen einem unternehmerischen Staat, der eingreift, um unser Klima zu retten und grüne Jobs der Zukunft zu schaffen oder die blinde Anbiederung an den Markt, à la »der Kapitalismus wird das schon regeln«.

Diese Auseinandersetzung müssen wir mit aller Klarheit und Härte führen. Der Weg zu einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung führt nicht über eine Unterwerfung unter den abgewählten Sebastian Kurz. Sondern über die Abwahl des von ihm vertretenen Systems einer käuflichen Politik. Dafür, und nur dafür lohnt es sich die nächsten Wochen zu streiten. 

JULIA HERR

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend und kandidiert im Regionalwahlkreis Wien-Südwest und auf dem aussichtsreichen Platz 7 der Bundesliste für den Nationalrat. Eine Kurzversion dieses Textes erschien am 25.6. im Standard.

JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER

JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRTNICE, CZ



Josef Hoffmann, Bonbonniere, Wien, nach 1916

Ausführung: Meyr's Neffe, Adolf (Adolfov, CZ), Johann Oertel & Co., Haida
(Nový Bor, CZ), für die Wiener Werkstätte

© MAK/Georg Mayer

Ibiza: Ein Sittenbild der Kurz-Regierung

Das Video der FPÖ-Politiker Strache und Gudenus auf Ibiza aus dem Sommer 2017 hat Neuwahlen provoziert. Im anlaufenden Wahlkampf versuchen ÖVP und FPÖ allerdings erfolgreich zu verschleiern, warum eigentlich. Für die SPÖ muss es im Wahlkampf weniger um die Beziehungskrise des österreichischen Rechtspopulismus gehen als um die Alternativen, die sich stellen und den Aufbau einer breiten Bewegung, die diese Veränderung trägt. **Ludwig Dvořák** analysiert Ausgangsbedingungen und Perspektiven dieses Wahlgangs.

Wer kann sich eigentlich noch erinnern, was für Sebastian Kurz der Anlass für die vorgezogenen Nationalratswahlen am 29.9. war? Im Grunde blieb das selbst bei deren Ankündigung durch öVP-Parteiboss Kurz Mitte Mai im Unklaren. Genug sei genug, ließ er damals bei seiner Pressekonferenz im Kanzleramt wissen, um seither regelmäßig zu erklären, eine Neuaufgabe der öVP-FPÖ-Koalition sei durchaus denkbar, solange die FPÖ nicht Kickl ins Innenministerium berufe oder – je nach Tagesverfassung – gar keinen Anspruch auf das Innenministerium stelle.

Anderthalb Jahre deckte Kurz die skandalöse Amtsführung Kickls als Innenminister – und nun soll sein Verbleib und oder seine Rückkehr ins Amt im Kontext des Ibiza-Videos entscheidend für den Bestand der Regierung gewesen sein, obwohl die bekannten Szenen des Videos keinen unmittelbaren Bezug zu ihm haben? Es ist bei Beachtung logischer Denkprozesse kaum möglich, dem zu folgen. Wenn es tatsächlich nur ein vorgeschobener Vorwand war, ist es hingegen umgekehrt gut nachvollziehbar, dass Kurz keinerlei politische und moralische Bedenken hat, eine Koalition mit der Ibiza-FPÖ fortzusetzen.

Natürlich war Kickl im Zeitraum der im Raum stehenden fragwürdigen Spendenkonstruktionen Generalsekretär der Partei und damit dafür mitverantwortlich. Aber müsste

dann der Bannstrahl von Sebastian Saubermann nicht auch für Ex-Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger gelten, die als öVP-Generalsekretärin die rechtswidrige millionenschwere Wahlkampfkostenüberschreitung in der Höhe der erlaubten Wahlkampfausgaben zu verantworten hat, ohne dass bis heute die öVP erklären hätte wollen, wie sie diese Mehrausgaben finanziert hat?

KÄUFLICHE POLITIK

Es ist offenkundig, dass Kurz Mitte Mai nur Vorwände, aber nicht die wahren Gründe für seine Neuwahlentscheidung geliefert hat. 24 Stunden hatte er gepokert, ob er die Enthüllung dafür nutzen könnte, das Machtgleichgewicht in der Regierung durch die Rückholung des Innenministeriums in öVP-Hand zu verschieben. Als sich die FPÖ dieser Demütigung widersetzte, entschied er sich für einen Wahlgang, den die öVP-Strategen als Durchmarsch zur ausgebauten relativen Mehrheit und zur schwarz-türkisen Allmacht betrachteten.

Wenn das Ibiza-Video tatsächlich Grund und nicht nur Vorwand für vorgezogene Neuwahlen war, so bestand der maßgeblich darin, sich als öVP medial von dem zu distanzieren, was Strache und Gudenus dort in schockierender Offenheit ausplauderten. Natürlich, diese Direktheit, die Atmosphäre des Gesprächs, das alkoholisierte Getue der beiden Gockel mag auch eingefleischten Türkisen die Schamesröte

ins Gesicht steigen haben lassen. Doch was die Distanzierung wirklich erforderlich machte war, dass das Video in seiner plumpen Rohheit die Geschäftsgrundlage der ganzen Regierung offenlegte. Es ist mehr als eine Ironie der Geschichte, dass manche der aufsehenerregendsten Punkte, die Strache in diesem Video anspricht – in variiertem Form und unter anderen Umständen – im Laufe der nächsten anderthalb Jahre Realität geworden sind. Der Kauf von Krone-Anteilen erfolgte nicht durch eine falsche Oligarchen-Tochter, sondern durch den Investor René Benko. Eine Millionenspende von Milliardären – von „Idealisten, die niedrigere Steuern wollen“, wie Strache sagen würde – erfolgte vom Baukonzern PORR an die Kurz-öVP. Rätselhaft Vereine zur Förderung von allem möglichen, finanzierten die Website von öVP-Wien-Obmann und Kurz-Intimus Gernot Blümel oder den EU-Wahlkampf altgedienter öVP-Mandatare.

Es ist kaum vorstellbar, dass die öVP-Eliten in diesem Zusammenhang ähnlich agiert hätten, wie es auf dem Video zu sehen ist. Vielleicht ist es gerade das ihnen als plebejisch erscheinende Gehabe Straches, die Einfältigkeit und Plumpheit seines Verhaltens, das ihnen sauer aufstößt. Straches Angebot offener Korruption – Staatsaufträge und Gewinne aus Trinkwasserverkauf gegen Geldspenden und gekauften mediales „Pushen“ – muss gerade jenen, die auf „strategischen Meinungs austausch“ im „Netzwerk“ und auf ein „gutes Einvernehmen mit Wirtschaftskreisen“ setzen, empörend erscheinen. Weil es so dumm gemacht ist. Und weil die Plumpheit auch die latente Gefahr birgt, die strukturelle Korruption sichtbar macht, die darin zu sehen ist, wenn politische Wünsche honoriger Großspender – wie etwa der 12-Stunden-Tag – im Eilzugstempo durchs Parlament gepeitscht werden. Selbst wenn diese Spender nicht (noch dazu auf Video festgehalten) Leistung und Gegenleistung definiert haben sollten, sondern darauf vertraut haben, dass die neuen Regierungsmitglieder selbst wissen, was sie zu tun haben. Mehr noch als die Verlockung der Wiederholung des 2002er-Wahlkampfes war der Koalitionsbruch für Kurz also eine taktische Notwendigkeit, um sich vom Eindruck korrupter Machenschaften, so gut es geht, zu distanzieren.

DER MISSTRAUENSANTRAG

Obwohl manche in der SPÖ daran zweifelten, und die NEOS in der Hoffnung auf die baldige Vizekanzlerinnenschaft ihre Zustimmung verweigerten, war der Misstrauensantrag die einzig mögliche Antwort auf die von Kurz und Strache

ausgelöste Regierungskrise. Straches verführerische Aussagen waren eben keine „b'soffene G'schicht“. Sie spiegelten wider, wie diese Regierung gearbeitet hat. Sie machten transparent, was bereits in anderthalb Jahren erkennbar gewesen ist: Dass die Regierung Kurz die Gesellschaft spaltet und gegen die Schwächsten hetzt, um Politik für oberen 10.000 zu machen. Kritikwürdig scheint daher nicht die Unterstützung dieses Misstrauensantrags, sondern das unverständliche Hinauszögern einer Entscheidung darüber und die viel zu lange ausbleibende Kommunikation ihrer Begründung.

Bemerkenswert scheint retrospektiv auch der Vorwurf, die SPÖ habe den Misstrauensantrag aus taktischen Motiven gestellt, um Kurz den Vorteil des Wahlkampfes aus dem Amt zu nehmen. Unabhängig davon, wie abwegig es ist, dem Parlament einen Vorwurf daraus machen zu wollen, die Regierungssämter nicht als verlängerten Propagandaapparat einer wahlwerbenden Partei genutzt sehen zu wollen, ist das Gegenteil wahr: Das taktische Argument stand der Zustimmung zum Misstrauensantrag wohl am längsten im Wege. Denn nicht nur in zahllosen Medienkommentaren, sondern auch in der Sozialdemokratie gab es Stimmen, die befürchteten, Kurz mit dem Misstrauensvotum einen „Gefallen“ zu tun und genau das zu machen, was das öVP-Playbook vorgesehen habe.

Dass dieses Argument nicht nur grundsätzlich fehlgeleitet, sondern auch konkret unzutreffend war, kann außer den NEOS – die sich nach Schreddergate eine Parallelwelt bauen müssen, um ihre schändliche Unterstützung für Kurz im Nationalrat zu legitimieren – kaum jemand leugnen. Von skandalösen Kosten eines auf Regierungskosten veranstalteten Fests der öVP-Ministerriege am 1. Mai bis zum Schreddern der Festplatten wären die Enthüllungen der letzten Wochen wohl kaum ans Licht gekommen, wenn eine öVP-Alleinregierung im vollen Umfang die Kontrolle über die Regierungsgeschäfte inne hätte.

KURZ ZIEL: DIE ERLEDIGUNG VON SOZIALDEMOKRATIE UND GEWERKSCHAFTEN

Die kurze Episode zwischen Neuwahlankündigung und Misstrauensantrag im Parlament sollte aber auch all jenen, die über eine Regierungsbeteiligung der SPÖ unter einem Kanzler Kurz schwadronieren, eine Lehre gewesen sein: Lieber lässt sich Kurz vom Parlament abberufen, als auf Augenhöhe mit der SPÖ zu verhandeln. Es machte den Eindruck, als wäre die SPÖ-Spitze tatsächlich davon getroffen gewesen, dass

Kurz über Tage keinerlei ernsthafte Gespräche geführt hatte, um sich der Unterstützung der SPÖ für eine zeitlich begrenzte Minderheitsregierung zu versichern. Es ist verständlich, dass diese Hybris der – noch dazu schwankenden – Macht provokant ist. Und gleichzeitig ist sie ehrlicher Ausdruck der Gesinnung und der Ziele des politischen Projekts von Sebastian Kurz. Kurz ist angetreten, weil er und seine Kamarilla, die nunmehr auch an der Spitze der Wirtschaftskammer steht, die „Fesseln“ gewerkschaftlicher Mitsprache im politischen Prozess sprengen wollte. Der von ihm geplante radikale Umbau von Staat und sozialem Gefüge war trotz der übergroßen Kompromissbereitschaft der SPÖ in der Großen Koalition nicht umsetzbar. Das wurde in den letzten Jahren durch den sogenannten „Reformstillstand“ immer sichtbarer. Die Vorstellung von „ernsthaften“ Gesprächen von Sebastian Kurz mit der SPÖ ist daher von Haus aus eine gefährliche Illusion. Kurz und der ÖVP-Flügel für den er steht, sehen in der politischen Erledigung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung das wesentliche Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Daher waren die schwarz-blau-türkisen Gesetzesprojekte – vom 12-Stunden-Tag über die Reform der Sozialversicherung und das Rahmengesetz zur Mindestsicherung bis hin zur angedrohten Reform der Kammern – mehr als „einfacher“ Sozialabbau. All diese Reformen hatten stets auch die institutionelle Schwächung von Machtbastionen der Organisationen der ArbeitnehmerInnen zum Ziel: Gewerkschaften, Arbeiterkammern und das sozialdemokratisch regierte Wien sollten durch eine Neubesetzung der Gremien, die Beseitigung von Mitentscheidungsmöglichkeiten, das finanzielle Ausbluten, die Schwächung der Kollektivvertragsmacht, die Reduktion gesetzgeberischen Spielraums kleingemacht werden.

Es ist daher völlig logisch, wenn auch nicht weniger skandalös, dass Kurz die Sozialdemokratie seine Verachtung und Gegnerschaft so offen spüren ließ und es ihm nicht einmal in den Sinn gekommen ist, das Gespräch mit der zweitstärksten Kraft zu suchen. Für die SPÖ sieht er nur eine Rolle in diesem Land: Ihre Unterwerfung, die vorbehaltlose Akzeptanz seines Machtanspruchs und das widerspruchslose Abnicken seiner Gesetzesprojekte. Eine kleine Kostprobe lieferte Anfang dieses Jahres bereits die irrationale Eskalation bei der Ökostrom-Novelle, als die Kurz-Vertraute Umweltministerin Köstinger lieber das Gesetz im Bundesrat scheitern ließ, als es ernsthaft mit der SPÖ zu verhandeln (vgl. ZUKUNFT 04/2019). Und auch beim Misstrauensantrag meint es der Kurz-Flügel wohl tatsächlich so, wie er es sagt: Allein die „Anmaßung“ der SPÖ, Gespräche über die Unterstützung einer Alleinregie-

rung Kurz einzufordern und die Bereitschaft, ihn andernfalls abzurufen, demonstriert für diese Gruppe, die „Nicht-Regierungsfähigkeit“ der SPÖ. Wer als SozialdemokratIn Forderungen stellt, der hat in den Augen der Kurz-Kamarilla nicht verstanden, was „neu regieren“ wirklich bedeutet.

REGIERUNGSBETEILIGUNG GIBT ES NUR FÜR SIEGER

Wer also meint, als SPÖ mit Kurz ernsthaft verhandeln oder gar weitergehende Übereinkünfte schließen zu können, lässt jede Einsicht in den Gehalt seiner Politik vermissen oder muss dazu bereit sein, inhaltlich seinen Sozialabbau voll mitzutragen, um begrenzte politische Privilegien zu bewahren. Die realistische Hoffnung als Juniorpartner der Kurz-ÖVP nach der Wahl Schlimmeres verhindern zu können, geht gegen Null. Wenn überhaupt, wird Kurz zu einer Beteiligung der SPÖ nur bereit sein, wenn sie das Schlimme selbst vollzieht. Und selbst das wird er nur dann in Erwägung ziehen, wenn jede andere Option rechnerisch und politisch aussichtslos ist. Um es in den Worten des steirischen ÖVP-Agrarlandesrats zu sagen: Die SPÖ ist für Kurz nur die viertbeste Option.

Im Land einer über Jahrzehnte gewachsenen Sozialpartnerschaft, in der ein politischer und sozialer Ausgleich gerade von den politischen AkteurInnen als gewachsenes Naturrecht begriffen wird, ist es ein ungewohnter Gedanke. Aber der Schutz der Interessen der ArbeitnehmerInnen kann nicht mehr durch langgezogene Verhandlungen in Hinterzimmern erreicht werden. Wenn SPÖ und Gewerkschaften nach dem 29.9. mitreden wollen, dann muss die Sozialdemokratie diese Wahl gewinnen. Und sie muss vollenden, was sie mit dem Misstrauensantrag begonnen hat. Sie muss Sebastian Kurz und seine Politik der kompromisslosen Spaltung unserer Gesellschaft endgültig stürzen.

EINE ANDERE FORM DER POLITIK

Aber ist es nicht wahltaktisch ein Fehler, sich auf einen so populären Politiker einzuschließen? Auch hier gilt: Am schädlichsten ist es, seine Grundsätze und Ziele mit Rücksicht auf Wahl-Taktierereien zu treffen. Nicht nur, weil Kurz Populäritätswerte – zumal seit dem Misstrauensantrag – nicht jene lichten Höhen erreicht, die einen wirklichen „Kanzlerbonus“ darstellen, sondern v.a. weil der wirklich zu fürchtende Vorwurf jener des wahltaktischen Opportunismus ist. Die Ablöse von Sebastian Kurz darf auch nicht das Ziel sein. Das Ziel ist

es, die Politik für die er steht zu überwinden und die eigene Vision einer anderen Gesellschaft zu verwirklichen.

Kurz' Erfolg beruhte 2017 nicht zuletzt auf dem Versprechen der „Veränderung“. Die Herausforderung für die Sozialdemokratie besteht darin, die Möglichkeit einer grundlegenden Veränderung greifbar zu machen, die die Hoffnung auf ein gutes Leben für alle an die Stelle der von Kurz betriebenen Spaltung und von käuflicher Politik stellt. Mit einer ganzen Serie vielversprechender Gesetzesinitiativen hat die SPÖ im Nationalrat wichtige Beschlüsse herbeigeführt, von der Anrechnung der Karenzzeiten über den Papamonat bis zum Glyphosatverbot. Diese Beschluss-Kaskade als Teil eines Gesamtbildes dessen, was wir erreichen wollen fühlbar zu machen – das ist die Aufgabe des Wahlkampfes.

Diese Herausforderung ist nicht von einer Person zu bewältigen. Die Hoffnung auf die eine Lichtgestalt, die den Goldjungen-Effekt des Sebastian Kurz durch das eigene strahlende Charisma neutralisiert, war schon bei Christian Kern verfehlt und wird auch von Pamela Rendi-Wagner nicht erfüllt werden können. Der Kontrast ist nicht im Duell der Spitzenkandidaten zu finden, sondern darin, was sie verkörpern: Skrupellose Ich-Bezogenheit gegen Gestaltungsanspruch für die Vielen. Marie-Antoinette-Gehabe, das von den Eltern geschenkte Eigentumswohnungen als Lösung der Wohnungsmarktprobleme sieht, gegen aktive Einbeziehung der Betroffenen. Zynische Abgehobenheit gegen echte Empathie.

Dafür muss die SPÖ auch in der Art, wie sie Politik macht, neue Wege gehen. Die eigentliche Aufgabe ist der Aufbau und die Mobilisierung einer politischen Bewegung, die diese Veränderung trägt. Nicht nur bis 29.9., sondern – unabhängig vom Wahlergebnis – weit darüber hinaus. Unsere Spitzenkandidatin ist keine Heilsbringerin und soll es auch nicht sein. Kollektive Segnungen in der Stadthalle bleiben anderen überlassen. Sie soll vielmehr diesen Änderungswillen und die aktive Einbeziehung tausender Menschen verkörpern. Rendi-Wagners hohe Kompetenz im persönlichen Umgang mit Menschen ist ihre größte Stärke und machte selbst in der sonst so kritischen Medienlandschaft im Zuge ihrer Bundesländer-Tour Eindruck. Diese Stärke gilt es zu nutzen. Um mit dem System Kurz zu brechen, um seine Überlegenheit auf dem Sektor der Medienunterstützung, der Kompetenz in sozialen Medien und der populistischen Rhetorik zu brechen braucht es einen klaren inhaltlichen Kontrast – und die Kraft der Vielen. In diesem Wahlkampf geht es weniger als je zuvor darum,

wer die schöneren Plakate hat. Und mehr als je zuvor darum, ob die Sozialdemokratie simple Stellvertreter-Politik durch eine aktive Mobilisierung einer Bewegung zur gemeinsamen Gestaltung zu ersetzen beginnt. Nutzen wir die Chance! 🍎

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER
 Ausstellungsansicht, 2019
 © Kamil Tíll/Mährische Galerie, Brno/MAK

JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER

JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRTNICE, CZ



Meistern wir den Wandel

Der ehemalige Bundesgeschäftsführer und nunmehrige SPÖ-Nationalratskandidat **Max Lercher** fordert in seinem Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung der Sozialdemokratie ein neues Versprechen für Gerechtigkeit, Wohlstand und Sicherheit ein.

Die Geschichte lehrt uns unentwegt, aber sie findet keine Schüler.“ Dieser Satz der großen österreichischen Schriftstellerin Ingeborg Bachmann rührt heute an eine Schicksalsfrage für die Sozialdemokratie in Europa.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind zurecht stolz auf ihre Geschichte. Sie haben ihrem Namen alle Ehre gemacht und gezeigt, dass das Soziale und das Demokratische zusammengehören; dass politische Rechte nur dann stark sein können, wenn sie auf ein starkes soziales Fundament aufbauen; dass Sozialpolitik die Grundlage der Demokratie ist; und dass Demokratien ins Wanken geraten, wenn diese Grundlage verschwindet.

Das ist die Lektion, die die Sozialdemokratie aus der Geschichte gelernt hat. Das ist der Wertekompass, nach dem wir unsere Politik ausrichten.

VERALTETER WERTEKOMPASS?

Im Durcheinander unserer Tage wirkt dieser Kompass aber plötzlich nutzlos und veraltet. Mit der Klimakrise, der Migrations- und Flüchtlingskrise, der globalen Verteilungskrise, der nicht dauerhaft überwundenen Euro- und Finanzmarktkrise, der Vertrauens- und Sicherheitskrise in der Arena der Weltpolitik und nicht zuletzt mit dem Wandel aller Lebensbereiche durch die digitale Revolution – mit all diesen miteinander verwobenen Entwicklungen stehen wir Sozialdemokraten heute vor einer scheinbar unlösbaren Aufgabe: Wie können wir Lösungen für diese Krisen und Umbrüche finden, ohne dabei die Grundlage unserer Politik aus den Augen zu verlieren?

Für unsere politischen Gegner stellt sich diese Frage zumeist gar nicht. Sie fokussieren auf Kernthemen, die jeweils in ihren Milieus gut ankommen: auf Fremdenangst, auf Ökologie, auf die Interessen der Wirtschaft und derjenigen, die es sich ohnehin selbst richten können. Und die Wählerinnen und Wähler scheinen unseren Gegnern Recht zu geben. Die Sozialdemokratie mit ihren alten Prinzipien und ihrer langen Geschichte wirkt dagegen oft wie eine angegraute Bewegung vergangener Tage.

Unsere Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität – so liest man es auch in den Kommentarspalten – seien heute ein Fall fürs Museum und ließen sich mit der so genannten „marktkonformen Demokratie“ nicht mehr in Einklang bringen.

DIE GROSSEN ZUSAMMENHÄNGE AUFZEIGEN

Diese Kritik setzt aber an der falschen Stelle an. Für uns Sozialdemokraten kann es nicht darum gehen, den genannten Krisen hinterher zu hüpfen. Sondern wir müssen die große Frage nach der Grundlage all dieser Krisen stellen, nach dem roten Faden, der sie verbindet, nach dem großen Zusammenhang.

Das ist weniger kompliziert als von vielen vermutet: Der entscheidende Punkt ist der Gegensatz zwischen all jenen Arbeitern, Angestellten und Selbstständigen auf der einen Seite, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, die für ihren Lebensunterhalt mit Fleiß und Mühe arbeiten und mit Kraft, Einsatz und Talent unseren Wohlstand sichern; und andererseits dem Kapital, das scheinbar nicht fassbar ist und sich gerne jeder gesellschaftlichen Verantwortung entzieht. Dessen Kraft sich heute zumeist nicht mehr kontrollieren lässt und das Cha-

os, Krisen und Ungerechtigkeit hervorbringt. Dessen Vertreter sich in Parteien einkaufen, die den Menschen nach dem Mund reden, aber in Wirklichkeit den Sozialstaat abtragen, den Arbeitsschutz schwächen und für eine entgrenzte Arbeitswelt eintreten.

Aus dieser Spannung zwischen den arbeitenden, auf Ordnung und soziale Sicherheit bedachten Menschen und der kalten, fast unsichtbaren und zerstörerischen Kraft des Kapitals ergeben sich die weiteren großen Konflikte unserer Zeit: zwischen Sozialstaat und Kapitalinteressen, zwischen Menschenrechten und Kapitalinteressen, zwischen Gerechtigkeit und Kapitalinteressen, zwischen gesundem Wachstum und Kapitalinteressen, zwischen Umweltschutz und Kapitalinteressen, zwischen Heimat und Kapitalinteressen, zwischen Europa und Kapitalinteressen, zwischen unserer eigenen Identität und Kapitalinteressen, und am Ende auch zwischen Frieden und Kapitalinteressen.

Aus diesem Konflikt ergeben sich heute zwei einfache Fragen für uns: Haben wir noch die Kraft, uns auf den Kern unserer Bewegung zu besinnen? Und wenn ja, was heißt das für unser Programm?

DIE INHALTE DER GEGNER ÜBERNEHMEN?

Vordergründig scheinen die aktuellen Probleme der Sozialdemokratie andere zu sein. Und es ist ja auch wahr: Immer weniger Wählerinnen und Wähler glauben an die Kraft sozialdemokratischer Parteien, und immer weniger Menschen schenken unserer Politik das Vertrauen. Was helfen uns aber die besten Analysen, wenn sich die Wähler taub stellen und sie nicht hören wollen? Müssen wir, um wieder gehört zu werden, mehr wie unsere Gegner werden?

Diese mutlosen Fragen hört man nicht nur bei unseren politischen Gegnern und in den Medien, sondern auch in unserem eigenen Lager. Doch diese Sicht ist so geschichtsvergessen wie zukunftsblind. Wir dürfen uns nicht vor unserer eigenen Vergangenheit fürchten, sondern wir müssen Kraft aus ihr schöpfen. Die große Leistung der Sozialdemokratie ist es immer gewesen, der Wirklichkeit den Spiegel ihrer Unvollkommenheit vorzuhalten und danach diese Unvollkommenheit Stück für Stück zu beseitigen. Und es gibt ohnehin keinen besseren Zeugen für die realpolitische Kraft unserer Visionen als unsere eigene Geschichte.

Marktkonform war unsere Politik auch vor hundert Jahren nicht. Und weil sie das nicht war, haben nicht wir uns verändert, sondern haben wir den Markt verändert. Haben ihn mit klugen Gesetzen gezähmt, ihm gemeinsam mit der Gewerkschaftsbewegung die Reißzähne gezogen und ihn menschlicher gemacht.

WIR MÜSSEN DEN MARKT GESTALTEN, NICHT UMGEKEHRT

Im Zuge dieser historischen Anstrengung sind wir gewachsen. Haben gelernt, uns von der Kritik unserer Gegner motivieren zu lassen. Haben trotz scharfen Gegenwinds einen Sozialstaat aufgebaut. Und haben festgestellt: Es ist nicht gottgegeben oder naturgewollt, dass die Politik nur für die Reichen da ist. Es ist verhandelbar, wie der Markt funktioniert. Es muss nicht sein, dass für die Arbeiterinnen und Arbeiter und die Angestellten nur die Brotkrumen vom Tisch der Großen bleiben. Wir haben gesehen: Das Wirkliche erkennt man in der Politik oft erst dann, wenn man das Mögliche bis an die Grenzen denkt. An diese Lektionen müssen wir uns heute wieder erinnern.

Erst wenn wir den neoliberalen Zeitgeist wieder laut und klar mit unserem Programm konfrontieren, wenn wir unseren eigenen Plan konsequent der Wirklichkeit gegenüberstellen, also kurzum, wenn wir uns wieder auf die Kapitalfrage konzentrieren – und die damit verbundene Identitätsfrage aller auf Lohnarbeit angewiesenen Menschen –, erst dann können wir wieder die Kraft schöpfen, um unsere Politik in die Tat umzusetzen.

KEINE ERZIEHUNGSANSTALT, EINE BEWEGUNG VON UNTEN

Und dann werden wir auch wieder die Kraft der Straße für uns entdecken. Wir haben uns in den vergangenen Jahren aus Bequemlichkeit und aus falscher Überzeugung zu sehr hinter der Bürokratie, hinter Experten, hinter so genannten Sachzwängen versteckt und verschanzt. Und dabei völlig vergessen, dass wir keine Erziehungsanstalt sind, sondern eine Bewegung von unten. Eine Bewegung, die einmal dem Unmut der ganz normalen Menschen eine Stimme gegeben hat.

Eine Bewegung, die auch für den Arbeiter eingetreten ist, der pleite, arbeitslos und körperlich am Ende ist. Für die alleinerziehende Frau, die zwischen Kindern, schlechter Ar-

beit und zwei Scheidungen irgendwann keine Perspektive mehr gesehen hat. Für die Lehrerin, die über ein Burn-Out in eine Depression geschlittert ist. Für die Pensionistin, die sich schämt, weil sie so wenig hat, dass sie ihrem Enkel keinen Zehn-Euro-Schein zustecken kann. Für den Schulabbrecher, an den nicht einmal mehr die eigenen Eltern glauben. Für den Hilfsarbeiter, der sein Auto verpfänden musste, weil er seit Wochen auf seinen Lohn wartet. Für das alte Ehepaar, dessen Kinder weit weg in der Stadt leben und das nicht weiß, wie es zum Arzt kommen soll. Für die Wirtin und den Wirt, die jeden Tag gegen das drohende Zusperren doch noch einmal aufsperrten.

Wir waren diejenigen, die genau diesen Menschen, den Klein- und Kleinstbürgern, den geschimpften „Proleten“ und der Mittelschicht in ihrer ganzen Breite mitsamt all ihren Ängsten, Schwächen und Nöten die Hand gereicht und Würde und Unterstützung angeboten haben. Daher ist es für uns zentral, dass wir – neben unserer Arbeit in den Parlamenten – die Wut und den Unmut dieser Menschen wieder politisch vertreten, ihren Zorn auf die Straße tragen und dort ein möglichst breites Bündnis mit der Zivilgesellschaft für Veränderung eingehen. Etwa mit den Jugendlichen, die für mehr Klimaschutz kämpfen. Oder mit der Tierschutz- und der Anti-Gentechnik-Bewegung. Oder der Anti-Atom- und der Friedensbewegung.

Die Inhalte, mit denen wir uns wieder aufrichten können, liegen fertig in der Schublade. Die folgenden Punkte sind kein vollendetes Programm. Aber sie sind eine Richtschnur für unsere Politik, um endlich den Vielen die Kontrolle über unsere Gesellschaft zurückzugeben.

9 PUNKTE FÜR EINE ANDERE POLITIK

Am wichtigsten in unserer gegenwärtigen Lage scheint auf nationaler Ebene eine kräftige

- Investition ins Gemeinwesen. Die Milliarden und Billionen von Euro, die in den Rettungsschirmen für Banken, Fonds und Finanzmärkte stecken, müssen wir investieren in Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Spitäler, Pflegeheime, Wohnungen, Sicherheit, Umweltschutz, unabhängige Medien, Infrastruktur, kurzum in die Gesellschaft. Egal ob am Land oder in der Stadt, der Bedarf an einem funktionierenden Gemeinwesen ist gewaltig und wird zurzeit nicht gedeckt. Vor allem in ländlichen Regionen, die von der Abwanderung von Jungen, Gebildeten und vor

allem Frauen oft so stark betroffen sind, dass man von einer Flucht sprechen muss. Wo es keine Polizei mehr gibt, keine Post, keine Bank, kein Geschäft, keinen Bus und kein Gasthaus. Und auch in der Stadt und den Vorstädten ist es nicht besser, auch dort bleibt wegen niedriger Löhne und hoher Lebenskosten am Ende des Tages oft einfach zu viel Stress und zu wenig zum Leben übrig. Ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung und Entlastung des Gemeinwesens wäre auch der notwendige

- Aufbau eines effektiven, geförderten Arbeitsmarktes, der den Wiedereinstieg und die Beschäftigung von (Langzeit-) Arbeitslosen ermöglicht, soziale Dienstleistungen organisiert, humane Arbeitsbedingungen anbieten kann und auf niemanden vergisst. Als Sozialdemokraten sehen wir Arbeit und Würde in einem positiven Verhältnis zueinander. Daher sind wir gegen bloße Almosenpolitik, die Menschen in die Untätigkeit und (gefühlte) Wertlosigkeit drängt und soziale Abhängigkeitsverhältnisse zementiert. Stattdessen fordern wir für jede und jeden das Recht auf sinnstiftende Arbeit, das die beste Investition in den Zusammenhalt der Gesellschaft ist. Wobei die Einführung eines solchen zweiten und dritten Arbeitsmarktes unvollständig ist ohne eine größer angelegte
- Herstellung eines Marktes, von dem nicht nur eine Minderheit, sondern die große Mehrheit profitiert. Es geht dabei nicht um die Frage nach mehr Staat oder mehr Markt, sondern darum, welche Art von Markt mit welchen Spielregeln wir brauchen. Es gibt keinen „freien“ Markt, ein Markt ist immer ein von der Politik gestaltetes Produkt, das die Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaft widerspiegelt. Und es ist ganz einfach: Je mehr man zulässt, dass Marktkräfte das soziale (oder auch ökologische) Umfeld der Menschen zerstören, desto größer wird das Bedürfnis nach Sicherheit und desto verführerischer wird das vergiftete Versprechen der Rechtsextremen von einer heilen Heimat. Eine Marktpolitik dieser Art muss unbedingt flankiert werden von einer
- Umverteilung in Richtung Arbeiterinnen und Arbeiter, Mittelschicht, Angestellte und Kleinbürgertum durch Anhebung der Mindestlöhne und Entlastung der Arbeit, durch gerechtere Steuern und nicht zuletzt durch massive Investitionsprogramme in den produktiven Sektor der Gesellschaft. Die herrschende Ungleichheit ist selbst nach IWF-Kriterien ein enormer Störfaktor für volkswirtschaft-

lichen Erfolg. Zur Bekämpfung dieses Störfaktors braucht es die Verknüpfung großer, öffentlich geförderter High-Tech-Sektoren mit Klein- und Mittelbetrieben, die ohne Unterstützung nicht mit der Forschungsleistung und dem Produktionsumfeld von Konzernen konkurrieren können. In Europa wie fast überall auf der Welt arbeitet die große Mehrzahl der Menschen in kleinen Firmen. Diese gilt es mit Plan und System technologisch und finanziell zu stärken, um auch in der digitalen Wirtschaft für mehr heimische Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen. Wenn man mehr Gleichheit erreichen will, ist es das Wichtigste überhaupt, das Wissen und die ökonomische Kraft der Massen zu vergrößern. Zusätzlich dazu braucht es ohne Zweifel bessere und strengere

- Kontrolle des Finanzkapitals. Die entfesselte Finanzindustrie muss wieder zum Motor der Realwirtschaft anstatt zum Antrieb von Krisen und Unruhen werden. Ausgerechnet vom Investor George Soros stammt der richtige Satz: „Das Finanzkapital ist auf dem Fahrersitz gesetzt worden.“ Die Finanzindustrie ist heute ein schlechter Herr anstatt ein guter Diener – dieses Verhältnis müssen wir wieder umkehren. Damit werden auch die notwendigen Mittel frei für die
- Finanzierung eines Green New Deal und grüner Industriepolitik. Sozialdemokratischer Klima- und Umweltschutz geht mit mehr sozialer Gerechtigkeit Hand in Hand. Wir müssen in der Klimapolitik weg vom Kleinklein – und stattdessen Verkehr, Industrie und möglichst breite Teile der gesamten Wirtschaft ökologisch neu ausrichten. Dafür müssen wir etwa Zukunftstechnologien fördern, öffentlichen Verkehr ausbauen, Wandel des Individualverkehrs einleiten, Sharing-Modelle ausweiten, Wohn- und Industriegebäude umrüsten, grüne Architektur unterstützen, Energiewende auf Schiene bringen. Für einen effektiven und strategisch durchdachten Green New Deal braucht es parallel ebenso unbedingt die
- Stärkung Europas, denn progressive Politik kann heute nicht mehr ohne Europa auskommen. Aber anstelle eines Europas der Märkte müssen wir ein Europa der Vielen schaffen. Europa braucht eine Steuerpolitik, die auch den Superreichen einen gerechten Teil ihrer Vermögen abverlangt, die Schlupflöcher schließt und das Gebaren multinationaler Konzerne ins Visier nimmt. Eine europäische

Sozialpolitik, die Ausbeutung bekämpft. Eine Fiskalpolitik, die nicht spaltet, sondern Investitionen in die Zukunft ermöglicht. Eine Außenpolitik, die wirklich europäische Interessen vertritt. Und die Notwendigkeit eines starken Europas zeigt sich wahrscheinlich in keiner Frage so sehr wie in der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Denn je mehr die Menschen einen Verlust von Ordnung, Sicherheit und Wohlstand durch Fremde fürchten, desto geringer ist ihre Akzeptanz von Zuwanderung. Unsere Leitlinien „Humanität und Ordnung“ und „Integration vor Zuwanderung“ sind daher eine absolute Grundvoraussetzung für eine funktionierende Flüchtlings- und Migrationspolitik. Dafür braucht es aber Maßnahmen, die nur auf europäischer Ebene sinnvoll eingesetzt werden können: wie effektiver Schutz und Kontrolle von Außengrenzen, belastbare Rückführungsabkommen, enge Kooperation und Unterstützung unserer europäischen Nachbarn, einen gerechten innereuropäischen Belastungs- und Verteilungsschlüssel. Und diese Maßnahmen müssen unbedingt flankiert werden durch die

- Schaffung von progressiven Handelsabkommen, die etwa den Schutz der Rechte von Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten im Norden wie im Süden garantieren, feindliche Investitionsangriffe auf Partner untersagen, Verpflichtungen gegen unfairen Wettbewerb beinhalten und ökologisches, nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften zu einer Grundbedingung machen. Mittelfristig wird so auch Druck aus der Migrationsfrage genommen, weil dadurch Fluchtursachen wegfallen. Die Globalisierung ist heute ein Faktum, nun müssen wir sie in unserem Sinn gestalten und müssen unsere Kommunen und den Nationalstaat auch vor bestimmten ihrer Auswirkungen beschützen. Globalisierung zu gestalten, bedeutet für uns aber jedenfalls auch die Anpassung an neue Realitäten und damit die
- Öffnung der Partei auf allen Ebenen für mehr Arbeiterinnen und Arbeiter, für mehr Frauen, für mehr Junge, für mehr Vielfalt, für mehr Menschen mit scheinbar atypischen Bildungs- und Lebenswegen. Nur wenn auch in unseren Gremien die Gesellschaft halbwegs so abgebildet ist, wie sie tatsächlich ist, können wir wirklich eine Politik für die Vielen machen. Dazu müssen wir auch eine Fehlerkultur leben, müssen die Menschen so nehmen, wie sie sind und wie wir sind: mit Schwächen, mit manchmal


vorschnellen oder falschen Urteilen, mit widersprüchlichen Werten und komplizierten Identitäten. Teil davon muss aber auch der konsequente Einsatz für die Stärkung von Frauen sein; und entschlossenes Vorgehen gegen die Diskriminierung von an den Rand gedrängten Gruppen sowie gegen Antisemitismus und Islamophobie, Rassismus und Rechtsextremismus. Und wir müssen im Sinn dieser notwendigen Öffnung endlich den Mut dafür aufbringen, die höchste Ebene der Parteiführung über eine Direktwahl durch alle Parteimitglieder zu bestimmen.

im Regionalwahlkreis Obersteiermark.

DAS GEHEIMNIS DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Dieses unser Programm ergibt sich nicht aus komplizierten Herleitungen, sondern es entspringt einfach dem Mut zu sozialdemokratischen Lösungen, unseren grundsätzlichen Überzeugungen und den Erfahrungen, die wir in unserem Kampf mit der Geschichte für eine bessere Zukunft gemacht haben.

Die Zeit ist überreif für eine Rückkehr zu dem, was uns als Bewegung stark gemacht hat: das konsequente Eintreten für die soziale Demokratie; für die Durchsetzung der Interessen der ganz normalen Menschen; für die Begrenzung der Macht des Finanzkapitals; für spürbare Veränderung für alle; für einen Wandel, der einen konkreten Unterschied ausmacht und auch ankommt. Dann werden wir Sozialdemokraten auch wieder bei den Wählerinnen und Wählern ankommen. Dann können wir wieder das Notwendige möglich machen und dem System erneut die Reißzähne ziehen.

Wir müssen schlicht wieder begreifen: Steigt die Lebensqualität der Reinigungskraft, der Kellnerin und des Hilfsarbeiters, dann wächst der Wohlstand für alle. Das ist das Geheimnis der sozialen Demokratie: Der Wille zu Kooperation und Gemeinsamkeit wird durch kluge Investitionen ins Gemeinwesen größer – und Egoismus und Ellbogenmentalität werden entsprechend kleiner. Kein Aktionärsgehalt kann je so groß sein wie die soziale Dividende dieser Politik, von der wirklich alle profitieren. Wenn uns das gelingt, können wir mit Recht sagen, dass wir nicht nur Lehrlinge der Geschichte sind, sondern dass wir auch die Zukunft meistern werden. 

MAX LERCHER

war Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark und
Bundesgeschäftsführer der SPÖ und kandidiert auf Platz 1

JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER

JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRNICE, CZ



Otto Prutscher, Stengelgläser, Wien, um 1907

Ausführung: Meyr's Neffe, Adolf (Adolfov, CZ), für E. Bakalowitz Söhne

Glasüberfang, geschnitten

© Moravská Galerie, Brno

Mut für Österreich – das Wahlprogramm der SPÖ

Am Bundesparteirat am 13. Juli hat die SPÖ als erste Partei ihre programmatischen Vorstellungen für die Nationalratswahl am 29.9. präsentiert. Mit einer Pflegegarantie, der Wiedereinführung der Aktion 20.000, dem Umbau unserer Wirtschaft für nachhaltigen Klimaschutz, 5.000 zusätzlichen LehrerInnen und vielem mehr möchte das Programm zeigen, warum die Politik der SPÖ gut für Österreich ist.

Vor einigen Wochen hat uns ein Video gezeigt, dass Kräfte in unserem Land walten, die nichts Gutes für die Österreicherinnen und Österreicher im Sinn haben, sondern ausschließlich das Beste für sich selbst. Wir haben gesehen, was passieren kann, wenn sich PolitikerInnen lieber um ihre Macht statt um die Verbesserung des Lebens der Menschen kümmern. Das ist für die österreichische Sozialdemokratie inakzeptabel. Deshalb haben wir entschieden, einer Regierung, die sämtliches Vertrauen verspielt hat, das Misstrauen auszusprechen und eine unabhängige ExpertInnenregierung zu ermöglichen. Wie richtig diese Entscheidung war, zeigt sich jetzt. Statt Stillstand und Chaos haben wir Stabilität und wichtige Fortschritte für unser Land erreicht. Wir haben gezeigt, was wir alles bewegen können, wenn der politische Wille da ist. Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit stehen wieder im Zentrum statt Spaltung und unsoziale Politik. Es gibt wieder einen Dialog, der die Menschen dieses Landes in den Mittelpunkt stellt[...]

WIR SIND DEN MENSCHEN VERPFLICHTET

Es geht endlich wieder um das Wohl aller statt um Posten und Profite für einige wenige. Das ist ein guter, ein starker Anfang, der für das alltägliche Leben der Menschen deutlich spürbare Verbesserungen bringt. Darauf wollen wir aufbauen. Österreich ist ein Land, in dem man gut leben kann – wir schauen drauf, dass das auch für alle gilt. Es gibt noch vieles, was wir auf den Weg bringen wollen. Ältere Menschen, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben, sollen

wieder eine Chance bekommen. Dafür sorgt die Beschäftigungsaktion 20.000, die wir noch heuer beschließen wollen. Wir haben die richtigen Antworten für alle, die Pflege benötigen und die, die sie leisten. Wir sorgen dafür, dass alle die gleiche – die beste – Gesundheitsversorgung haben. Wir wollen sauberen Strom und mehr öffentlichen Verkehr, denn Umwelt- und Klimafragen sind immer auch soziale Fragen. Wir wollen, dass Wohnen leistbar wird und Arbeit, von der man nicht nur leben, sondern gut leben kann. Wir wollen faire Chancen und beste Bildung für unsere Kinder.

Und wir müssen auch das Vertrauen in die Politik wiederherstellen. Wir haben daher Schluss gemacht mit gekaufter Politik – denn dass sich reiche Industrielle möglicherweise ihre Wunschgesetze einfach kaufen, Stichwort 12-Stunden-Tag, ist nicht nur unredlich, sondern in höchstem Maße undemokratisch. Es macht einen Unterschied, wer in Österreich die Politik gestaltet: Wir sind den Menschen und nicht den GroßspenderInnen verpflichtet. Für die österreichische Sozialdemokratie gilt nicht, „JedeR ist sich selbst am nächsten“, wie bei manchen MitbewerberInnen, sondern für uns gilt: „Jeder Mensch zählt gleich viel“. Wir stehen für eine Politik der Hoffnung und der Chancen für alle im Land, für ein solidarisches Einstehen füreinander, kein Gegeneinander. Die Menschen können sich auf uns verlassen, denn unser Daseinsgrund ist es, den Menschen ein sicheres, ein gutes Leben zu ermöglichen. Wir leben Wertschätzung und sind solidarisch mit jenen, die es sich nicht so einfach richten können. Das ist unsere Verantwortung, das ist unsere Aufgabe.

PFLEGE

Die Sicherstellung der Pflege ist eines der größten Zukunftsthemen. Wir haben Antworten für 450.000 Betroffene und ihre Angehörigen. Antworten, auf die man sich verlassen kann, die Sicherheit geben, Schutz bieten und den Menschen Würde und Respekt garantieren. Über 450.000 Menschen und ihre Angehörigen leben tagtäglich mit einem schweren Schicksal. Und in den nächsten Jahren werden viele dazukommen, die im Alter Pflege brauchen werden. Diesen Menschen sagen wir: Wir kümmern uns um euch. Wir garantieren euch ein Recht auf Pflege. Es ist unsere Aufgabe, euch zu helfen und für euch da zu sein. Wir werden deshalb regionale Pflegeservicestellen einrichten, die bei einem Pflegefall den Betroffenen von Anfang an zur Seite stehen und für die Erledigung aller notwendigen Schritte zuständig sind und wir werden die Pflege- und Betreuungsangebote weiter ausbauen. Wir fordern mehr Wertschätzung und Anerkennung für pflegende Angehörige. Deshalb werden wir einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz einführen. Professionelles Pflegepersonal muss ordentlich bezahlt werden und der Arbeit unter guten Rahmenbedingungen nachgehen können. Schließlich kämpfen wir für eine öffentliche Pflegegarantie. Der Staat soll aus einem neu zu schaffenden steuer- finanzierten Pflegegarantiefonds alle Kosten für Pflege und Betreuung übernehmen, gleich ob diese mobil, zu Hause oder in Heimen erbracht wird. Auch wenn Pflege eine emotionale Herausforderung bleibt, finanziell wird sie mit uns keine Belastung mehr sein.

GESUNDHEIT

Für die Gesundheit der Menschen in unserem Land gibt es immer viel zu tun: Vor allem müssen wir die Scherben der letzten Monate wegräumen, um die beste Gesundheitsversorgung für alle zu schaffen. Wir garantieren den gleichberechtigten Zugang zu einem öffentlichen und solidarisch finanzierten Gesundheitssystem für alle Menschen in unserem Land, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht: Niemand darf in Österreich länger auf eine Behandlung warten müssen, weil er oder sie weniger Geld, keine Beziehungen hat oder am Land lebt. Wir stehen für ein Gesundheitssystem, in dem alle Menschen pflicht- versichert und unabhängig von privat finanzierten Zusatzleistungen optimal versorgt werden. Wir wollen, dass alle Versicherten die gleich guten medizinischen Leistungen erhalten und wollen Selbstbehalte abbauen. Besonders wichtig ist uns die Gesundheit der Kinder in diesem Land. Alle Kinder müssen versichert sein und die Mut-

ter-Kind-Pass-Leistungen sollen ausgeweitet, modernisiert und serviceorientierter (z.B. digitale App) werden. Wir wollen kostenlose Zahnmedizin für unsere Kinder und Jugendlichen. Ebenso ist ein Ausbau der Therapieangebote (Psycho-, Ergo-, Logotherapie etc.) für Kinder und Jugendliche notwendig. Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehört, dass jeder Mensch im Umfeld seines Wohnortes rasch Termine bei Ärztinnen und Ärzten bekommt, ÄrztInnen ausreichend Zeit haben und die Öffnungszeiten passen. Wir garantieren eine gute Gesundheitsnahversorgung für alle.

Die verfassungskonforme demokratische Verfassung der Sozialversicherungsträger ist der Sozialdemokratie ein zentrales Anliegen. Die Versicherten müssen im entsprechenden Verhältnis in den Vertretungskörpern der Selbstverwaltung repräsentiert sein.

WOHNEN

Wohnen ist ein Menschenrecht, denn wir alle müssen wohnen. Die Mieten steigen schneller als die Löhne, die Preise für Häuser oder Baugründe ebenso. Von einem durchschnittlichen Einkommen kann man aus eigener Kraft kaum ein Haus bauen oder sich eine Wohnung leisten. AlleinerzieherInnen, PensionistInnen, eine Familie mit zwei oder mehr Kindern müssen einen enormen Anteil ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden, da bleibt kaum etwas zum Leben über. Wohnen ist für uns öffentliche Aufgabe und Verantwortung und darf deshalb nicht den Marktmechanismen überlassen werden. Spekulation mit Wohnraum muss unterbunden werden: Bewusster Leerstand am Wohnungsmarkt, um die Nachfrage und dadurch auch den Preis in die Höhe zu treiben, darf nicht toleriert werden. Unser Ziel ist, dass insbesondere junge Menschen einen Anspruch auf eine leistbare Wohnung haben. Dazu brauchen wir genügend Neubauten, einen starken gemeinnützigen Wohnbausektor, ausreichend öffentliches Eigentum an Wohnungen (sozialer Wohnbau) und ein transparentes, bundesweites Mietrecht für alle (Universalmietrecht) mit Mietpreisobergrenzen. Ein steuerlicher Wohnbonus wäre eine echte und unmittelbare Entlastung. Einer Privatisierung von Gemeindewohnungen stellen wir uns entschieden entgegen. Gerade für junge Menschen sind die Mieten und Baugründe oft nicht mehr leistbar. Eine gute Versorgung mit Wohnraum funktioniert nur, wenn wir dafür sorgen, dass ausreichend Grund und Boden für den Neu- und Ausbau an leistbaren Wohnungen zur Verfügung steht. Wir wollen deshalb in ganz Österreich eine

Widmungskategorie „Sozialer Wohnbau“ nach dem Wiener Vorbild einführen.

STEUERN

In Wirtschafts- und Steuerfragen lässt sich die Politik viel zu oft von Einzelinteressen leiten. Trauriger Höhepunkt war zuletzt der Ibiza-Skandal, wo führende FPÖ- Politiker die Interessen Österreichs bereitwillig an angebliche russische Oligarchen verraten wollten. Wir wissen heute, dass die ÖVP im Wahljahr 2017 Millionenspenden von MillionärInnen erhalten hat, die sie bis vor kurzem konsequent verschwiegen hatte. Die einen lassen sich filmen, die anderen lassen sich bezahlen. So ist Österreich nicht. Ja, wir hoffen, dass die Politik in Zukunft diesen großen Worten gerecht wird. Aber um das sicherzustellen, brauchen wir eine völlige Trendwende in der Steuerpolitik. Eine Körperschaftssteuersenkung, die den GroßspenderInnen ein Vielfaches der Spenden, die sie an die ÖVP geleistet haben, wieder in die Taschen spült, ist ebenso wenig im Sinne der Menschen in Österreich wie die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die Einführung eines 12-Stunden-Tages. Wir wollen ein Ende dieser gekauften Politik, wir wollen eine Steuerpolitik für die vielen und nicht für die wenigen. Weder sollen sich großzügige SpenderInnen eine Steuersenkung kaufen können, noch sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ende die „Dummen“ dieser gekauften Politik sein, weil Standards gesenkt werden, weil weniger Zeit für die Familie bleibt oder die Entlastung bei ihnen nicht ankommt. Wir wollen eine Ökologisierung des Steuersystems und eine europaweite CO₂-Steuer umsetzen. Hinsichtlich der Kosten der Ökologisierung steht für die Sozialdemokratie soziale Ausgewogenheit im Vordergrund. Internationale Konzerne sollen endlich einen gerechten Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Den Faktor Arbeit wollen wir durch eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer für kleine und mittlere Einkommen entlasten, KMU und Kleinstunternehmen wollen wir stärken. Als Antwort auf die voranschreitende Digitalisierung und die Herausforderungen der Ökologisierung brauchen wir ein modernes Steuersystem, das also einerseits den Faktor Arbeit entlastet und andererseits die Wertschöpfung und Gewinne besteuert. Es darf nicht sein, dass Unternehmen, die viele Arbeitsplätze schaffen, mehr Abgaben zu zahlen haben, als jene, die keine oder wenige Arbeitsplätze schaffen, aber hohe Gewinne erzielen. Österreichs MillionärInnen sollen über eine Millionärssteuer auf Vermögen und Erbschaften wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie Pflege oder Kinderbetreuung mitfinanzieren.

WIRTSCHAFT

Österreich ist ein wettbewerbsfähiger und leistungsstarker Wirtschaftsstandort. Das haben wir unseren motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie erfolgreichen und innovativen Unternehmen zu verdanken, die mit ihrer Arbeit unseren Wohlstand sichern. Das soll auch weiterhin so bleiben. Deshalb wollen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass alle Menschen in Österreich von ihrer Arbeit gut leben können. Klein- und Mittelbetriebe prägen Österreichs Unternehmenslandschaft. Sie sind das Rückgrat der heimischen Wirtschaft und Jobmotor. Wir wollen jene Unternehmen besonders fördern, die in Forschung und Entwicklung und/ oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze investieren. Dafür braucht es gut ausgebildete Fachkräfte. Es braucht daher eine Fachkräfteoffensive und Stärkung der Lehrlingsausbildung. Wir wollen öffentliche Investitionen stärken – etwa in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Österreich, auch um einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise zu leisten.

Unser Wirtschaftsstandort kommt durch die Globalisierung zunehmend unter Druck. Billigprodukte aus Asien, erzeugt unter denkbar schlechten Arbeitsbedingungen für die Menschen vor Ort sowie teils katastrophalen Umweltstandards, üben Druck auf die heimische Industrie aus. Es braucht daher einen effizienten Schutz, damit die von österreichischen ForscherInnen entwickelte und mit österreichischem Steuergeld geförderte Hochtechnologie auch weiter der österreichischen Volkswirtschaft zugutekommt. Die österreichische Industrie und deren Innovationskraft wollen wir genauso vor dem Ausverkauf schützen wie kritische Infrastruktur (Stichwort: Wasser, Energie, Telekommunikation, Bahn).

TRANSPARENZ UND DEMOKRATIE

In den USA sind Wahlkämpfe regelrechte Geldschlachten. Ohne Millionenspenden von Konzernen ist fast keine Kampagne erfolgreich und sagen wir es offen: Die GroßspenderInnen erwarten sich etwas für ihr Geld. In Österreich wollen wir das nicht. Die GroßspenderInnen der ÖVP machen keinen Hehl daraus, was sie sich von der Politik erwarten: Unternehmenssteuern senken und ArbeitnehmerInnenrechte abbauen. Daher haben wir eine Spendenobergrenze von max. 7.500 Euro eingeführt. Auch abseits von Wahlkampfspenden findet das große Geld oft viel mehr Gehör als viele Menschen, die berechnigte Anliegen haben. Wenn man in den letzten beiden Jahren mitverfolgt hat, wie schnell einerseits

die Wünsche der großen Konzerne erfüllt wurden und wie andererseits Sozialvereine mit ihren Vorschlägen zur Armutsbekämpfung von der Regierung links liegen gelassen wurden, dann zeigt sich das Machtungleichgewicht deutlich. Die SPÖ macht keinen Unterschied, ob jemand arm oder reich ist – wir wissen, dass jene, die keine großen Unternehmen besitzen, uns mehr brauchen, um ihrer Stimme Gewicht zu verleihen. Wenn wir nicht möchten, dass die Macht des Geldes die Demokratie untergräbt, brauchen wir strenge Spielregeln, Transparenz und starke demokratische Strukturen. Lebendige Demokratie braucht breite Beteiligung der Bevölkerung und eine möglichst hohe Teilnahme an Wahlen als Fundament. Das Wahlrecht wurde vor hundert Jahren von der Sozialdemokratie erkämpft und muss weiterhin ausgebaut werden. Deshalb setzen wir uns für einen offenen und modernen Zugang zur StaatsbürgerInnenschaft ein, unabhängig vom Vermögen einer Person. Österreich ist ein gut verwaltetes Land. Die Leistungen des öffentlichen Dienstes als Rückgrat unseres Landes sind gar nicht hoch genug zu schätzen. Die türkis-blaue Regierung hat die Verwaltung zum Spielball ihrer Politik gemacht, weisungsbefugte GeneralsekretärInnen ohne Ausschreibung installiert und zusätzlich hunderte hochdotierte parteipolitisch besetzte Posten geschaffen. Das ist eine enorme finanzielle Belastung und stört die Funktionalität der Verwaltung, weshalb wir diese Strukturen rasch wieder abschaffen wollen. Zusätzlich hatten unsere demokratischen Institutionen mit einer beispiellosen Geringschätzung gegenüber dem Parlament zu kämpfen. Wichtige Gesetzesvorhaben wurden aus taktischen Gründen ohne Begutachtung durchgepeitscht. Wir wollen verpflichtende Begutachtungsverfahren und bei besonders wichtigen Gesetzen öffentliche Anhörungen mit Einbindung der Zivilgesellschaft im Nationalrat. Der demokratische Rechtsstaat ist als Fundament einer freien und fairen Gesellschaft zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Gerichte ist viel zu knapp, wir werden einen funktionierenden Rechtsstaat – auch durch Schaffung eines unabhängigen Bundesstaatsanwaltes – sicherstellen und für ausreichende Ressourcen für unsere Gerichte sorgen. Eine starke Demokratie zeichnet sich auch durch Transparenz aus, weshalb wir auch weiterhin dafür eintreten werden, das Amtsgeheimnis abzuschaffen.

ENERGIEPOLITIK

Österreich hat einen hohen Anteil an erneuerbarer Energie und muss dieses Potential weiter ausbauen. Wir wollen mithilfe des technologischen Fortschritts die Versorgung si-

cherstellen und den Energieverbrauch weiter absenken. Dementsprechend zielt unsere Förderungspolitik darauf ab, dass mehr energiesparende Maßnahmen umgesetzt und Technologien entwickelt werden. Wir bekennen uns klar zu einer politischen Verantwortung für die Energieinfrastruktur. Effiziente Technologien für die Gewinnung, den Transport und die Speicherung von Energie müssen ausgebaut werden. Wir setzen uns für wirksame, kosten- effiziente und fair finanzierte Ökostromförderungen und außerdem für eine energieeffiziente Bauweise und umfassende thermische Sanierungen ein. Die Energiegewinnung aus Atomkraft ist brandgefährlich und hinterlässt Atommüll, der noch vielen nachfolgenden Generationen zur Last fallen wird. Deshalb werden wir weiterhin gegen Atomkraftwerke auftreten und uns auch auf internationaler Ebene für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzen, vor allem auf EU-Ebene: Der EURATOM-Vertrag soll in einen Atomenergie-Ausstiegvertrag umgewandelt werden.

INVESTIEREN&GESTALTEN

Wir werden ein Klima-Investitionsprogramm in Milliarden-Höhe umsetzen – weil das sinnvoller ist, als Strafen für die Verfehlung der Klimaziele zu zahlen!

Zum einen werden wir in neue umweltfreundliche Technologien investieren und die öffentlichen Forschungsaktivitäten in diese Richtung ausrichten. Wir planen ein Investitionsprogramm in CO₂-arme klimafreundliche Zukunftsbranchen und Green Jobs. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist für den sozialen und ökologischen Fortschritt besonders wichtig. Wir forcieren den Ausbau der europäischen Schienennetze, die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn, die raschestmögliche Elektrifizierung aller Dieselstrecken. Durch diese notwendigen und nachhaltigen Investitionen entstehen viele neue Arbeitsplätze. Beschäftigte in Branchen, die negativ betroffen sind, lassen wir auch in Zukunft nicht alleine.

Zum anderen braucht es ein Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik. Langzeitarbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal, sie kann mit relativ wenig Geldaufwand abgeschafft werden. Wir fordern in einem ersten Schritt die Wiedereinführung der Beschäftigungsaktion 20.000 und in letzter Konsequenz eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose, insbesondere in der Altersgruppe 50+ sowie bei Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen (und mit Behinderung). Darüber hinaus gibt es auf dieser Welt immer noch 73 Millionen Kinder, die statt in die Schule zu gehen, unter

ausbeuterischen Bedingungen arbeiten müssen für Produkte, die massenweise in Europa verkauft werden. Im Sinne eines Schutzes von Menschen- und Kinderrechten wollen wir Unternehmen verpflichten, dafür zu sorgen, dass ihre Lieferketten frei von Kinder- und Zwangsarbeit sind.

GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Arbeit ist schlecht verteilt. Für viele ist der Arbeitsdruck hoch und gleichzeitig gibt es viele Menschen, die arbeiten möchten, aber keinen Job finden. ÖVP und FPÖ haben wichtige Initiativen wie die Beschäftigungsaktion 20.000 gestrichen, den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche eingeführt und haben damit gezeigt, dass sie für ihre GroßspenderInnen da sind und nicht für die ArbeitnehmerInnen. Für ArbeitnehmerInnen mit Kindern und anderen Betreuungspflichten wird es immer schwieriger, Beruf und Familie zu vereinbaren, wenn die Arbeitszeiten länger und schlechter planbar werden. Ehrenamtliche Arbeit wird bei solchen Arbeitszeiten unmöglich. Sichere, sinnhafte und gerecht entlohnte Arbeit ermöglicht Lebensqualität und Entfaltung. Sie trägt bei zu einem selbstbestimmten und unabhängigen, kurzum: zu einem guten Leben. Unser Ziel ist und bleibt Vollbeschäftigung. Jeder und jede soll einer sinnhaften und sicheren Beschäftigung nachgehen können. Die Sozialdemokratie ist die einzige Kraft im Land, die Antworten für alle ArbeitnehmerInnen auf die Herausforderungen des digitalen Wandels und der Klimakrise hat. Der Schlüssel liegt hier in einem Recht auf Arbeit. Es braucht öffentlich unterstützte Umqualifizierung und Ausbildung, damit alle für die neuen Herausforderungen gewappnet sind. In einem ersten Schritt soll dafür die Aktion 20.000 wieder eingeführt werden, die zu so vielen Menschen „Ja“ gesagt hat, die davor immer ein „Nein“ gehört haben. Sie hat ihnen einen Weg aus der Langzeitarbeitslosigkeit ermöglicht, indem sie für die Gesellschaft wichtige Aufgaben übernehmen konnten. Langfristig lautet das Ziel der Sozialdemokratie, dass niemand in Österreich arbeitslos bleibt. Und Arbeit wird es auch in Zukunft geben. So fehlen vor allem Arbeitskräfte in der Pflege, im Bildungssystem und auch die Digitalisierung und Ökologisierung werden neue Jobprofile schaffen. Die Arbeitszeit soll den Bedürfnissen des jeweiligen Lebensabschnitts, den gesundheitlichen Voraussetzungen sowie den sich wandelnden unterschiedlichen Lebensweisen entsprechen. Dazu gehören eine 35-Stunden-Woche, ein Rechtsanspruch auf eine 4-Tage-Woche und eine 6. Urlaubswoche nach 25 Jahren Arbeit für alle. Wir wollen echte Wahlfreiheit

beider Familienarbeit und mehr Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten. Wir stehen für gerechtere Löhne: 1.700 Euro Mindestlohn steuerfrei – niemand soll Vollzeit für weniger arbeiten müssen. Menschen mit Behinderung wurden durch die Politik der türkis-blauen Regierung gänzlich vernachlässigt. Die Sozialdemokratie will verbesserte Arbeitsmarktchancen auch für Menschen mit Behinderung durch zielgenauere Förderung ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten und Ausbau der Assistenz in allen Lebensbereichen.

Die Arbeitswelt verändert sich. Das darf nicht zu einer Aushöhlung der Arbeitsstandards führen. Wir wollen eine Überarbeitung des gesetzlichen Rahmens für Arbeitsverträge, mit dem Ziel, mehr Fairness bei Rechten und Pflichten in der Arbeit zu schaffen. Wir müssen die Prekarisierung stoppen und brauchen vollen sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz sowie Mindestentlohnung für CrowdworkerInnen und andere neue Arbeitsformen. Die Klimaerhitzung ist auch am Arbeitsplatz zu spüren. Wir wollen klimafitte Arbeitsplätze – ArbeitgeberInnen müssen Schutzmaßnahmen gegen die Hitze setzen. Wenn das nicht geschieht, brauchen die ArbeitnehmerInnen hitzefrei.

PENSIONEN

Wir garantieren sichere Pensionen, die die Kaufkraft erhalten. Es geht darum, in der Pension den Lebensstandard langfristig zu sichern. Verlässlichkeit, Solidarität und Leistungsgerechtigkeit stehen im Mittelpunkt unserer Pensionspolitik. Unser öffentliches Pensionssystem wird von einer Versicherungsgemeinschaft getragen, in der alle arbeitenden Menschen Pensionsbeiträge leisten und dementsprechend Ansprüche erwerben. Deshalb ist eine verantwortungsvolle Arbeitsmarktpolitik mit guten Löhnen auch zentrale Voraussetzung für sichere Pensionen. Dieses solidarische Um-lageverfahren hat sich gegenüber privaten Vorsorgesystemen, die vom Kapitalmarkt abhängig sind, immer bewährt – nicht zuletzt deshalb, weil unsere Pensionen deshalb nicht der Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte ausgeliefert sind. Spekulationen mit Pensionen? Nicht mit uns! Die Pension darf keine Armutsfälle werden. Die Entwicklung der Pensionen darf von der Lohnentwicklung nicht gänzlich abgekoppelt sein, daher sind die Ausgleichszulagenrichtsätze entsprechend zu erhöhen. Wir sichern die Pensionskonto-Gutschrift gegen Kürzungen verfassungsrechtlich ab, achten auf das Pensionsantrittsalter (kein Automatismus) und garantieren die Werterhaltung der Pen-

sionsansprüche. Wir berücksichtigen auch gesellschaftlich wichtige, aber unbezahlte Arbeit (z.B. Kinderbetreuung, Pflege) in unserem Pensionssystem. Wir stehen für eine Arbeitsmarktpolitik, die dazu führt, dass möglichst alle Menschen bis zur Erreichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters in Beschäftigung bleiben können.

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Wir leben in einem reichen Land. Und doch kennt Armut viele Gesichter: die Alleinerzieherin, die zwischen Teilzeitjob und Kinderbetreuung hetzt und für die jede Anschaffung eine große Herausforderung ist. Die Großmutter, die sich ihr Leben lang um die Familie gesorgt hat, und die jetzt eine Pension bezieht, die kaum zum Leben in Würde reicht. Ein reiches Land wie Österreich darf sich Armut nicht leisten. Ganz besonders ungerecht und gesellschaftlich fatal ist Kinderarmut. Umso schlimmer ist, dass auch hier die ÖVP/FPÖ-Regierung mit der Abschaffung der Mindestsicherung einen Scherbenhaufen hinterlassen hat. Der wichtigste Beitrag zur Armutsbekämpfung sind existenzsichernde Löhne, für die wir an der Seite der Gewerkschaften kämpfen. Wir stehen für eine effektive Armutsbekämpfung mit guten Mindeststandards, wie z.B. für erhöhte Ausgleichszulagenrichtsätze. Für arbeitsfähige Menschen setzen wir hier auf Programme zur geförderten Beschäftigung, mit kollektivvertraglich gesicherter Entlohnung, um allen Menschen ein würdevolles und angstfreies Leben zu ermöglichen. Nicht bezahlter Unterhalt gehört zu den größten Armutstreibern, vor allem auch bei Kindern. Wir wollen deshalb einen existenzsichernden staatlichen Unterhaltsvorschuss einführen.

FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Menschenwürde. Die gleichberechtigte Teilhabe an politischer Macht, Einflussmöglichkeiten und Entscheidungen sollte ebenso wie das Grundprinzip des gleichen Einkommens für gleichwertige Arbeit in unserer modernen und aufgeklärten Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein. Doch es gibt noch viel zu tun. Packen wir's an! Schließen wir die Einkommensschere: Wir wollen mehr Lohngerechtigkeit durch Lohntransparenz und spürbare Sanktionen bei Nichteinhaltung. Wir unterstützen Frauen und Mädchen in Not: Bauen wir Gewaltschutzeinrichtungen, Mädchen- und Frauenberatungseinrichtungen aus und sichern sie finanziell ab. Wir brauchen mindestens einen Frauenhausplatz pro 10.000 EinwohnerInnen. Wir setzen uns für

unabhängigen Zugang zu Informationen rund um Sexualität, Verhütung, Übertragung von Krankheiten, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch sowie zu Vorsorgeuntersuchungen durch FachärztInnen ein. Frauen müssen selbstbestimmt über ihren Körper bestimmen können. Was die öffentliche Hand für Frauen ausgibt, ist viel zu wenig, wir wollen eine deutliche Erhöhung der Mittel durchsetzen.

LGBTIQ

Wir kämpfen für die volle Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, intergeschlechtlichen, Trans*- und queeren Personen (LGBTIQ). Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen unabhängig von Rollenzwängen über ihren Körper, ihre Identität und ihre Sexualität bestimmen können. Ein selbstbestimmtes, solidarisches und stolzes Leben muss sich sowohl im Recht als auch in der Gesellschaft widerspiegeln! Wir verankern die Rechte von LGBTIQ-Personen in der Verfassung und garantieren vollen Schutz vor Diskriminierung durch das Gleichbehandlungsgesetz – auch beim Zugang zu Wohnungen, Dienstleistungen und in der Freizeit. Wir gestalten einen Nationalen Aktionsplan für volle Gleichstellung – ob in Schule und Bildung, im Kampf gegen homo- und transphobe Gewalt oder bei der Unterstützung von Regenbogenfamilien. Wir ermöglichen einen schnellen, barrierefreien Zugang zum dritten Geschlechtseintrag und garantieren gleiche Rechte und vollen Schutz für intergeschlechtliche Personen. Darüber hinaus ermöglichen wir umfassende Selbstbestimmung für Trans*-Personen – egal ob in der Medizin, bei der Änderung des Geschlechtseintrags oder beim Schutz vor Diskriminierung.

KINDERBETREUUNG

Wir wollen kindgerechte Lebens- und Lernräume schaffen. Kindergärten sind Bildungseinrichtungen, in denen Kinder voneinander lernen, weil ihre Neugierde geweckt wird. Hier werden Grundkompetenzen früh gestärkt sowie die Sprach- und Sozialkompetenz verbessert. Das verhindert soziale Benachteiligungen, die sich sonst schon ab dem Schuleintritt verfestigen. Gute, flächendeckende Elementarpädagogik ist daher nicht nur ein wichtiger Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch für den Kampf um Chancengerechtigkeit. Wir wollen eine Ausbauoffensive im elementarpädagogischen Bereich – flächendeckend, qualitativ hochwertig, ganztätig geöffnet, ohne Schließtage und öffentlich finanziert. Wir treten für einen bundesweiten Qualitätsrahmen, eine Ausbildung der Elementarpädago-

gInnen auf Hochschulniveau, angemessene Entlohnung dieser Fachkräfte, kleinere Gruppen, einen Rechtsanspruch auf einen Gratis- Betreuungspatz ab dem ersten Lebensjahr sowie für zwei verpflichtende Gratis-Kindergartenjahre ein.

BILDUNG

Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben, egal wie arm oder reich seine Eltern sind, ob es in der Stadt aufwächst oder am Land. Bildung darf nie ein Privileg einiger weniger sein. Deshalb planen wir einen Chancenindex, durch den finanzielle Ressourcen genau an jenen Schulen eingesetzt werden, an denen sie am meisten gebraucht werden. Durch die Einführung einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen soll endlich der strukturellen Fortschreibung sozialer Ungleichheiten durch das Schulsystem entgegengewirkt werden. Der Zugang zu Hochschulen muss frei und offen geregelt sein, sodass es Menschen aus allen sozialen Schichten möglich ist, zu studieren. Vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung wollen wir, dass Fähigkeiten und Kritikvermögen und ein kooperatives und solidarisches Miteinander gelernt werden. Dazu ist es notwendig, mehr Demokratie an die Schulen zu bringen. Unser Ziel ist, für jedes Kind einen Kinderbetreuungspatz ab dem ersten Geburtstag zu ermöglichen, sowie ein zweites verpflichtendes Gratis-Kindergartenjahr umzusetzen. Der zügige Ausbau der Ganztagschulen, Schulen ohne Hausübungen, mit qualitativem, kostenlosem Mittagessen und Freizeitangebot muss bis 2025 so weit fortgeschritten sein, dass jede Familie ein ganztägiges Betreuungsangebot im Umkreis von 20 km vorfindet. Wir wollen zusätzlich 5.000 LehrerInnen und mehr Unterstützungspersonal an Österreichs Schulen anstellen. Auch die Hochschulen müssen ausreichend finanziert werden. Und wir legen einen starken Fokus auf die Erwachsenenbildung. Die Lehrausbildung soll Zukunftsperspektiven für jeden Lehrling bieten und nicht als Sackgasse empfunden werden. Deshalb müssen sowohl die Ausbildungsqualität als auch das Image der Lehre umgehend verbessert werden.

SPORT

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass unsere Kinder und Jugendlichen aktiv sind, Freude an Bewegung und Sport im Kindergarten und in der Schule finden und so zu einem lebenslangen Bewegungsverhalten motiviert werden. In unsere Kinder und Jugendlichen zu investieren, heißt, in die Zukunft zu investieren!

Wir müssen daher allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu täglicher sportlicher Bewegung bieten, um diese zum Teil ihres Lebensstils zu machen. Die Umsetzung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit in ALLEN Kindergärten und Schultypen ist ein wichtiger Beitrag dazu. Damit wird den SchülerInnen aber nicht nur Spaß vermittelt und der Altag aufgelockert. Sport unterstützt auch beim Lernen, weil damit nachweislich das Gehirn aktiviert, die Konzentrationsfähigkeit gesteigert, und somit bessere schulische Leistungen ermöglicht werden.

Bewegte und für den Sport motivierte Kinder und Jugendliche stellen auch die notwendige Basis für den Vereins- und Verbandssport bis hin zum Spitzensport dar.

Auch in ihrer Freizeit soll Kindern und Jugendlichen mehr Bewegung ermöglicht werden. Vor allem an Wochenenden, Feiertagen und in den Ferien stehen geeignete Sportanlagen leer, insbesondere jene, die von der öffentlichen Hand eingerichtet wurden. Diese freien Kapazitäten sollen daher auch in der unterrichtsfreien Zeit für die Menschen nutzbar gemacht werden. Die Öffnung von Sportanlagen soll daher in eine Gesamtstrategie für eine „Tägliche Bewegungs- und Sporteinheit“ eingebettet werden.

Diese tägliche Bewegungs- und Sporteinheit und alle weiteren Ausgaben für Bewegung und Sport werden sich im Laufe des Lebens unserer Kinder und Jugendlichen in vielfacher Hinsicht mehr als bezahlt machen. Unter anderem werden dadurch die Gesundheitskosten deutlich reduziert werden können.

Bewegung und Gesundheit sind für alle andere Altersgruppen sinnstiftend und volkswirtschaftlich bedeutend. Gesundheitssportliche Aktivitäten sollten daher vom jeweiligen Gesundheits- und Sozialbereich ausreichend unterstützt werden.

INTEGRATION UND ZUWANDERUNG

Unser Grundsatz lautet „Integration vor Zuzug“. Wir erkennen und lösen Probleme, während andere nur auf Spaltung der Gesellschaft, Zuspitzung und Problembesprechung setzen. Wir sehen es als Verpflichtung an, Menschen, die von Gewalt und Verfolgung bedroht sind, zu helfen – auch vor Ort. Wir fordern ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Verfahren und Leistungen, eine gemein-

same Kontrolle der Außengrenzen und europäische Verfahrenszentren sowie Seenotrettungsprogramme. Ebenso ist unser Ziel, dass alle Menschen in Österreich, die das Recht haben, hier zu leben, ein selbstbestimmtes Leben führen und selbst für ihr Einkommen sorgen können. Jeder von ihnen muss die Möglichkeit haben, im selben Ausmaß an unserer Gesellschaft teilzuhaben. Die Illusion einer vermeintlich homogenen Gesellschaft, wie sie gerne von nationalistischen Strömungen propagiert wird, ist und war nie Realität. Die Politik der Trennung und Ausgrenzung ist zum Scheitern verurteilt. Unsere Gesellschaft in ein „Wir“ und „die anderen“ zu spalten, löst keine Probleme. Diese Politik schafft genau jene Ghettos und Parallelgesellschaften, die sie vorgibt, vermeiden zu wollen. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung, zu der alle beitragen müssen.

FÜR STADT UND LAND

Für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Lebenschancen in Stadt und Land gleich sind. Dafür braucht es eine aktive Politik und vor allem Investitionen in die soziale Infrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentliche Versorgung in strukturstarken und -schwachen Regionen gleichermaßen garantiert wird. Dazu gehört die flächendeckende qualitativ hochwertige medizinische Versorgung. Wir wollen neue Modelle der wohnortnahen Erstversorgung fördern, in denen die Gesundheits- und Sozialberufe in Teams enger zusammenarbeiten – in lokalen Netzwerken oder Zentren mit einem umfassenden Angebot und längeren garantierten Öffnungszeiten. Zentraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur sind auch qualitätsvolle Bildungseinrichtungen sowie Pflege- und SeniorInnenheime. Diese Einrichtungen müssen in zumutbarer Nähe für alle Menschen in Österreich garantiert sein. Damit der wirtschaftliche Aufschwung auch in den ländlichen Regionen ankommt, braucht es einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Breitband-Netzes. Im Rahmen einer Öffi-Offensive wollen wir die Bus- und Schienennetze im ländlichen Raum ausbauen, in Park&Ride-Anlagen sowie in lokale „Mikro-Öffis“ investieren. Vom Breitbandausbau bis zur lokalen KMU-Förderung planen wir umfassende Investitionen zur Stärkung nachhaltiger wirtschaftlicher Aktivität im ländlichen Raum.

AUSSENPOLITIK

Österreich genießt in der Welt einen guten Ruf. Dies ist

nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis einer über viele Jahre stabilen Außenpolitik. Wir wollen, dass Österreich auch in Zukunft ein verlässlicher Partner in der internationalen Gemeinschaft bleibt. Denn nur durch internationale Zusammenarbeit ist es möglich, die großen Herausforderungen für unseren Planeten zu lösen. Eine überzeugte Außenpolitik ermöglicht unserem Land, unsere eigenen Interessen besser durchzusetzen als uns dies alleine möglich wäre. Das Fundament dieser Außenpolitik ist und bleibt eine aktive Neutralitätspolitik. Plänen für eine europäische Armee oder sogar einen Beitritt zur NATO erteilen wir daher eine klare Absage. Österreich muss außerdem seine Beiträge zur Bewältigung internationaler Herausforderungen deutlich erhöhen. Dazu zählen das 0,7-Prozent-Ziel in der Entwicklungszusammenarbeit wie auch Beiträge zum UNHCR und zum World Food Programme. Die UNO als Ort des internationalen Dialogs wollen wir stärken und handlungsfähiger machen.

EUROPAPOLITIK

Europa hat die Möglichkeiten und Mittel, vieles zum Besseren zu bewegen. Ein sozialeres, nachhaltigeres und gerechteres Europa nützt nicht nur den Mitgliedstaaten, sondern kann Vorbild für die ganze Welt sein. Dafür muss die europäische Politik jedoch die richtigen Prioritäten setzen. Wir wollen, dass Europa nicht den Profit einiger weniger in den Vordergrund stellt, sondern den Wohlstand und die Bedürfnisse der Menschen. Dies bedeutet vor allem, große Konzerne endlich dazu zu zwingen, ihren gerechten Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten und deren Übermacht zu beschränken. Durch eine europaweite Digitalsteuer und ehrliche Steuersätze für Konzerne kann dies rasch gelingen. Wir wollen, dass Europa seine unfaire und klimaschädliche Handelspolitik beendet. Eine Zustimmung Österreichs zu neuen Handelsabkommen kann es nur unter Einhaltung verbindlich geltender hoher sozialer, ökologischer und arbeitsrechtlicher Standards geben. Europäische Mindeststandards in allen EU-Staaten, angepasst an das jeweilige nationale Niveau mit klarem Kurs nach oben, sorgen für mehr Gerechtigkeit, weniger Armut und ein besseres Leben für ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig soll ein europäischer Investitionsplan die notwendigen Investitionen in die Zukunft ermöglichen („goldene Investitionsregel“) und den ökologischen Wandel in unserer Gesellschaft unterstützen. Denn wir wissen, der Klimakatastrophe müssen wir gemeinsam in Europa begegnen.

FORTSCHRITTLICHE NETZPOLITIK

Sich im digitalen Raum frei bewegen zu können, ist wichtig für Meinungsfreiheit, Chancengleichheit und Innovation. Die große digitale Öffentlichkeit kann unsere Demokratie weiterbringen, muss aber vor Manipulation und Zensur geschützt werden. Ein wichtiges Gut, das wir verteidigen wollen, ist die Netzneutralität: Kein Vorrang für Inhalte der großen Konzerne! Darüber hinaus kämpfen wir gegen eine Monopolisierung des digitalen Markts. Die geplante Schaffung einer eigenen Währung („Libra“) durch Facebook und die damit verbundene Machterweiterung sehen wir mit großer Skepsis. Von uns gibt es ein klares Nein zu Uploadfiltern. Wir treten für ein modernes Urheberrecht ein, das auf die Interessen von Kreativen und KonsumentInnen ausgerichtet ist. Schlussendlich muss es auch im Netz einen Schutz der Privatsphäre geben. UserInnen sollen die Kontrolle über ihre Daten haben.

MEDIENFREIHEIT UND MEDIENVIELFALT

Eine freie und demokratische Gesellschaft braucht freie Medien und qualitativ hochwertigen Journalismus. Politischen Angriffen auf die Medienfreiheit stellen wir uns entschieden entgegen. Wir wollen einen Rahmen schaffen, der unabhängigen, qualitätsvollen Journalismus stärkt. Das bedeutet die weitere Finanzierung des ORF über Gebühren statt über Steuern, um weiterhin qualitativ hochwertige und unabhängige öffentliche Berichterstattung zu ermöglichen.


INNERE SICHERHEIT

Polizistinnen und Polizisten sorgen täglich für unsere Sicherheit. Damit sie ihre Aufgabe in Zukunft noch besser erfüllen können, müssen wir sie an den richtigen Stellen einsetzen. PolizistInnen sollen echte Polizeiarbeit leisten können und nicht als LückenbüßerInnen in der Verwaltung eingesetzt werden. Sie setzen sich täglich Risiken aus und haben die besten Rahmenbedingungen verdient. Wir werden 2.500 PolizistInnen mehr auf unsere Straßen bringen, mit zeitgemäßer Ausrüstung und moderner technischer Ausstattung. Klar ist aber auch, dass neue Überwachungsmöglichkeiten eine starke Kontrolle brauchen. Vor dem Einsatz von Überwachungsmethoden sollen unabhängige RichterInnen zustimmen müssen – und das Parlament muss nach dem Einsatz alle Möglichkeiten der Kontrolle haben.

LANDESVERTEIDIGUNG UND KATASTROPHENSCHUTZ

Das österreichische Bundesheer hat die Aufgabe, das Bundesgebiet vor möglichen Angriffen von außen zu schützen. Dafür braucht es eine ordentliche finanzielle Ausstattung des Bundesheers und eine klare Aufgabenteilung zwischen äußeren, inneren und zivilen Sicherheitsaufgaben. Damit das Bundesheer seine Aufgabe erfüllen kann, braucht es unter anderem Investitionen in die militärischen Nachrichtendienste, in Aufklärung und Cyber-Defence, in eine militärisch effektive und wirtschaftlich effiziente Luftraumüberwachung und in die Beschaffung adäquater Ausrüstung und moderner Fahrzeuge für die Soldatinnen und Soldaten. Darüber hinaus wollen wir die Verankerung des Bundesheers in der österreichischen Gesellschaft stärken. Und es braucht Investitionen in die Bereiche, die für den Katastrophenschutz nötig sind.

SCHUTZ DER GESELLSCHAFT VOR EXTREMISMUS

Rechtsextreme, rechtspopulistische Kräfte und islamistische Extremisten wollen das Rad der Zeit zurückdrehen, sie bedrohen die Freiheit der Menschen und das friedliche Zusammenleben. Wir treten dem entschieden entgegen. Extremistische Gewalt und politischer Autoritarismus haben im Österreich des 21. Jahrhunderts keinen Platz, die Unterwanderung staatlicher Institutionen durch rechte – und oft deutschnationale – Burschenschaften muss verhindert werden. Es darf nicht noch einmal passieren, dass sämtliche sicherheitsrelevanten Ressorts der Regierung mit rechten PolitikerInnen besetzt sind. Wir werden zudem den Rechtsextremismus-Bericht wiedereinführen, der 2002 von Schwarz-Blau abgeschafft wurde. Außerdem ist es nötig, vor allem Jugendliche vor Radikalisierungsversuchen zu schützen – online ebenso wie offline. Online-Plattformen (social media) müssen für die Inhalte verantwortlich gemacht werden können, die auf ihren Seiten verbreitet werden. 

JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER

JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRNO, CZ



Josef Hoffmann, Weinglas, Wien, nach 1912

Ausführung: böhmische Manufaktur, J. & L. Lobmeyr für die Wiener Werkstätte

Transparentes Glas, Bronzidekor, geätzt

© MAK/Georg Mayer

„Politische Debatte ist ohne Konflikt nicht möglich“

Kevin Kühnert, Vorsitzender der Jusos in der SPD, löste im Mai 2019 mit einer Nebenbemerkung in einem Interview eine Verstaatlichungs- und Sozialismus-Debatte aus. **Sara Costa** führte mit ihm ein Gespräch, um Perspektiven für linke Politik in Deutschland und eine Verbesserung der Situation der SPD zu diskutieren.

ZUKUNFT: Dein Interview, in dem du vorgeschlagen hast, BMW zu verstaatlichen, hat große Resonanz ausgelöst und hat auch Wellen über Deutschlands Grenzen hinaus zu uns nach Österreich geschlagen. Es kam unter anderem zu persönlichen Angriffen auf deine Person, auch von Seiten von SPD PolitikerInnen. Wie hast du die Debatte wahrgenommen?

Also, die persönlichen Angriffe: Das ist ja nichts Neues. Das kennen viele Leute in unserer Altersgruppe, dass man als junger Mensch oft einfach nicht ernst genommen wird. Da stehe ich drüber. Die diskreditieren sich selber damit. Worum es eigentlich ging in dem Interview war die Frage, was ich eigentlich unter Sozialismus verstehe. Und meine Güte, ich bin Vorsitzender eines Verbandes von Jungsozialisten und Jungsozialistinnen nennt. Also, so richtig überraschend war das jetzt eigentlich nicht. Das zeigt einfach wie eng, zumindest in Deutschland das Spektrum der politischen Debatte geworden ist. Wir hören es auch deutlich: Ihre Parteien unterscheiden euch eigentlich kaum noch – auch die Tatsache, dass wir uns gar nicht mehr trauen „out of the box“ zu denken. Das was ich dort konkret angesprochen habe: Eine andere Verteilung von Reichtum in der Gesellschaft, eine andere Art zu produzieren und zu arbeiten. Das ist alles nicht so revolutionär. Das steht alles als Möglichkeit sogar in der deutschen Verfassung drin. Die Möglichkeit der

Vergesellschaftung ist zwar keiner der vordersten Artikeln der deutschen Verfassung, aber findet ständig statt: Wenn etwa bäuerliche Betriebe zum Teil enteignet werden, um Autobahnen oder andere Straßen bauen zu können. Das ist gelebter Alltag. Aber wenn Linke das ansprechen und hinterfragen, ob nicht Profite anders verteilt werden können, dann ist es ein Skandal. Und das ist es wahrscheinlich nur, weil es ihre bestehenden Besitzverhältnisse in Frage stellt. Insofern bin ich nicht überrascht über die Aufregung, aber die Debatte ist allemal notwendig.

ZUKUNFT: Wie waren die innerparteilichen Reaktionen? Mit wieviel Gegenwind wurdest du konfrontiert?

Eigentlich fand ich die Reaktionen überwiegend relativ positiv. Es haben sich ein paar übliche Verdächtige zu Wort gemeldet. Von denen habe ich mir eigentlich nichts anderes erwartet – wir haben auch unsere konservativen Leute. Geschenk. Aber eigentlich war es interessant, gerade wenn man sich bei den Abgeordneten umgeschaut hat, bis hin in die Parteispitze, wo viele Leute gesagt haben: „Ja, ich teile nicht jedes Detail. Aber zumindest die Fragen sind schon einmal richtig gestellt.“ Vielleicht muss man sich da auch mal an die eigene Nase fassen, weil die Leute merken, was in den letzten Jahren auf dem Wohnungsmarkt gerade passiert. Sie sehen, dass alle Maßnahmen, die wir uns aus-

gedacht haben höchstens zu einer Verlangsamung, aber nicht zu einem Stop der Entwicklung geführt haben. Dann ist es doch nachvollziehbar, dass Leute anfangen, sich auf die Suche nach Alternativen zu machen und beispielsweise zu hinterfragen, ob Wohnen eigentlich ein Geschäftsmodell sein soll, mit dem Menschen Rendite erarbeiten oder ob sie Daseinsvorsorge ist und damit allen gleichermaßen als Grundrecht zur Verfügung stehen sollte. Insofern bin ich mir auch relativ sicher, dass die Debatte auch nach der Europawahl wieder aufflammen wird, weil es reinpasst in die Frage, was eigentlich Sinn und Zweck einer sozialdemokratischen Partei im 21. Jahrhundert, mit so vielen konkurrierenden Parteien ist.

ZUKUNFT: In manchen Umfragen stehen die Grünen bei der Sonntagsfrage teilweise bei 20%. Wie kommt das? Also, sind sie gerade tatsächlich eine linke Alternative? Wie schätzt du diesen Erfolg ein?

Die Grünen sind sicherlich eine sehr heterogene Partei, in der auch zahlreiche gute, linke Leute dabei sind. Welche Partei sie sein wird, wenn sie erstmals seit fünfzehn Jahren wieder in eine Bundesregierung kommt, das ist schwer vorherzusagen, eben weil sie so heterogen sind. Eines kann man ausschließen, nämlich, dass sie die neue Sozialdemokratie werden. Das zeigt sich auch am Beispiel Klimaschutz. Hier stellt sich nämlich auch die Frage nach gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: Kann ich überhaupt aufs Auto verzichten – Stichwort: Bahnverkehr, gerade auch im ländlichen Raum? Wer kann sich für Bio-Lebensmittel entscheiden? - Stichwort: Niedrige Löhne und so weiter und so fort. Bei vielen dieser Fragen merkt man, dass die Grünen, zumindest in Deutschland, zu einer Partei geworden sind, die mit Abstand das wohlhabendste Wählerklientel haben. Das ist ja erstmal nicht weiter schlimm. Aber es verändert auch deren Blick auf Gesellschaft und daher glaub ich nicht, dass sie uns in der politischen Landschaft ersetzen können. Wer denkt, dass sie das könnten, wird ein böses Erwachen haben.

ZUKUNFT: Du hast auch die Option Rot-Rot-Grün angesprochen. Siehst du dafür eine Perspektive? Und was muss aus deiner Perspektive in der SPD passieren, um dies zu ermöglichen?

Dass das möglich ist, sehen wir auf der Bundesländerebene in Deutschland. Zum Beispiel haben wir in Berlin eine

Rot-Rot-Grüne Regierung, die haben wir auch in Thüringen. Wir hatten auch mal im Bundestag die Mehrheit, vor ca. 2 Jahren. Leider ist die nie genutzt worden. Gerade zwischen Linken und SPD gibt es große historische Probleme und Widersprüche. Die Linke ist ja, zumindest teilweise, eine Abspaltung der SPD. Da sind noch viele aktiv, die auch mal bei uns waren. Da gibt es persönliche Konflikte auf beiden Seiten und Animositäten. Gerade als jüngere Generation geht es uns darum aufzuzeigen, dass wir aufhören müssen diese persönlichen Konflikte vor die politischen Konflikte mit dem konservativen und neoliberalen Lager zu stellen. Und wenn wir uns nicht eins sind, wenn wir nicht in der Lage sind Mehrheiten in Deutschland zu nutzen, dann ist es die Lebensversicherung von jeder konservativen Partei immer und immer weiter regieren zu können. Und genau das leben wir ja in Deutschland seit Jahren. Genau deshalb ist Angela Merkel seit 14 Jahren Bundeskanzlerin in Deutschland. Weil das linke Lager nicht in der Lage ist, sich zu einigen. Genau deshalb führen wir selber auch Gespräche mit der Linken und fordern alle in der SPD auf, diese Gespräche auch zu führen. Damit wir nicht erst wenn Wahlkämpfe anstehen, sondern gerade jetzt sozusagen einen Friedenspakt finden. Weil jetzt können die Konflikte geklärt werden, die sonst im Wege stehen, wenn es mal zu Koalitionsverhandlungen kommen sollte.

ZUKUNFT: Gehen wir zurück an den Anfang unseres Gesprächs: Im Zuge der gesamten Verstaatlichungsdebatte, wurde dir (wenig überraschend) auch vorgeworfen du würdest der SPD im Wahlkampf schaden. Wie analysierst du die aktuelle Performance der SPD und wie reagierst du auf einen solchen Vorwurf?

Ich bin ja nicht naiv. Natürlich wird das nach der Wahl passieren. Ich wundere mich da immer drüber, dass man in der SPD mit Leidenschaft die Frage diskutiert wer denn Schuld ist, dass die Prozentpunkte 17 und 18 verloren gegangen sind. Für die Frage, wo denn die Prozentpunkte 19 bis 35 geblieben sind und wie man sie wieder zurückgewinnen kann, interessiert sich aber niemand. Doch das sind die wirklichen Verluste, die wir in den letzten 15 Jahren erlitten haben. Und uns in eine deutlich schlechtere politische Verhandlungslage gebracht haben. Und deswegen nehme ich diese Diskussion einfach relativ sportlich und entspannt. Wir treten seit mehreren Jahren in den Umfragen weitgehend auf der Stelle: Es geht ein Prozentpunkt hoch, ein Prozentpunkt runter. Im Moment genauso. Das

scheinen aber nicht die entscheidenden Entwicklungen zu sein. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass das die Mehrheit in der SPD so sieht. Ich bin im Moment gerade in Sachsen im Wahlkampf unterwegs. Im Gebiet der ehemaligen DDR, wo gerade auch gesagt wurde, diese Sozialismus-Diskussion weckt ganz schlimme Erinnerungen bei den Leuten dort und sie wählen uns dann alle nicht mehr. Und das ist überhaupt nicht das Feedback, das man hier bekommt. Sondern viele Leute sagen, dass es genau richtig ist. Dass es um eine adäquate Daseinsvorsorge geht, dass Bildung auch für die Kleinsten gebührenfrei ist, und dass sie diese Aufschläge genau richtig finden. Insofern sollte die SPD dem Konflikt nicht aus dem Weg gehen und politische Debatte ist ohne Konflikt nicht möglich. Wer glaubt, man kann einen Vorschlag machen, bei dem dann alle applaudieren und sagen „Mensch, ist ja super“, der hat Politik nicht verstanden. 🍷

-
- i) Das Interview wurde vor den Europawahlen am 26.5. geführt.

SARA COSTA

ist Vizepräsidentin der Europäischen JungsozialistInnen (YES). Das Interview führte sie wenige Tage vor der Europawahl am 26.5.2019.

JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER

JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRTNICE, CZ



Josef Hoffmann, um 1903

Fotografie

© MAK-Archiv

Der Kuhhandel und die „progressive Allianz“

Wolfgang Edelmlüller beleuchtet die neuen Kräfteverhältnisse im EU-Parlament und ortet neue Gestaltungsspielräume einer „progressiven Allianz“. Weniger die Wahl von der Leyens zur Kommissionspräsident als das Versäumnis der Entwicklung eines gemeinsamen Aktionsprogramms einer Achse aus SozialdemokratInnen, Liberalen, Grünen und Linken sei als vertane Chance zu beurteilen.

Die Neuwahl des Europäischen Parlaments (EP) hat entgegen aller Unkenrufe bei einer signifikant gestiegenen Wahlbeteiligung (EU-weit von knapp unter 43% auf knapp über 50%, in Österreich war der Zuwachs mit 15% auf nahezu 60% mehr als doppelt so hoch) keine richtungsentscheidende Veränderung der Mandatsverteilung nach rechts ergeben. Zwar hat das traditionelle Fraktionsbündnis zwischen Europäischer Volkspartei (EVP) und Europäischer Sozialdemokratie (S&D) seine absolute Mandatsmehrheit eingebüßt und ist daher bei Fortsetzung auf eine Bündniserweiterung angewiesen, das Mitte-Links-Fraktionsspektrum ohne EVP (Renew, Grüne/EFA, S&D, GUE/NGL) hat jedoch seine relative Mehrheit unter den bündnisfähigen Allianzen (vor der EP-Neuwahl) durch das Neuwahlergebnis zu einer absoluten Mehrheit mit einem hauchdünnen Mandatsvorsprung ausgebaut. Rechnet man den querfront-„linkspopulistisch“ orientierten Movimento 5 Stelle (M5S) aus Italien („Grillini“) und sonstige linke und liberale Abgeordnete ohne Fraktionsbindung hinzu, dann wäre im neugewählten EP die rechnerische Mandatsmehrheit für eine „progressive Allianz“ einigermmaßen abgesichert.

NEUE MANDATSVERTEILUNG

In Fakten und Zahlen ergibt sich von Rechts nach Links folgendes Bild der Mandatsverteilung für eine „progressive Allianz“, die vom SPE-Spitzenkandidaten Frans Timmermans im EP-Wahlkampf landauf landab als Alternative zur überkommenen EVP-S&D-Bündnisachse propagiert wurde: Die Liberalen,

die nunmehr unter „Renew Europe“ firmieren und – ergänzt um die französischen „Macronisten“ – das Erbe der ALDE angetreten haben, konnten ihre Fraktionsstärke von 69 (ALDE vor der EP-Neuwahl) besonders deutlich auf 108 Mandate vergrößern, wovon allein 21 Mandate dem Beitritt von Emmanuel Macrons Zentrumsgruppierung (LREM) geschuldet sind. Die Grünen und Regionalisten, unverändert in der Fraktionsgemeinschaft Grüne/EFA organisiert, konnten ihren Mandatsstand von 52 auf 75 steigern, wovon allein 21 Mandate vom deutschen Bündnis 90/Die Grünen (vor der EP-Neuwahl: 11) stammen, die mit einem Stimmenanteil von 20,8% vor der SPD zur zweitstärksten Partei Deutschlands aufgestiegen sind. Die dramatischen Stimmenverluste der SPD (von 27,3% auf 15,5%) und des italienischen PD (von 40,8% auf 22,7%) sind eine der wesentlichsten Ursachen für den Mandatseinbruch der S&D als Fraktionsgemeinschaft der Europäischen Sozialdemokratie, die von 187 (vor der EP-Neuwahl) um 33 (davon allein 23 zulasten von SPD und PD) auf 154 Abgeordnete geschrumpft sind. Auch die GUE/NGL als EP-Fraktion der radikalen Linken hat ein Fünftel ihrer Mandate verloren und hält bei 41 nach 52 Abgeordneten. Und schliesslich erleidet der M5S, der durch den erwarteten Zerfall seiner Mesalliance mit der Brexitpartei UKIP von Nigel Farage (EFDD) fraktionslos geworden ist, infolge der „Drehung“ der Stimmenanteile (gegenüber der nationalen Parlamentswahl 2018) zwischen den Parteien der italienischen Querfront-Regierung einen EP-Mandatsverlust von 17 auf 14 Abgeordnete. Zur Mandatsbasis einer „progressiven Allianz“ hinzurechnen könnte man noch die fraktionslosen Abgeordneten der griechischen Kommunisten (EEK) und der

liberalen katalanischen Autonomisten (JxCat) mit zusammen 4 Mandaten.

Das Mitte-Links-Parteienspektrum ohne EVP verfügt daher im neu gewählten EP über eine rechnerische Mandatssumme von 396 und ohne den fraktionslosen MandatarInnen von 378 Abgeordneten. Da die Mehrheitsschwelle vor dem Brexit wegen der unveränderten EP-Größe von 751 Parlamentssitzen bei 376 Abgeordneten liegt, haben die Fraktionen einer „progressiven Allianz“ auch ohne die Bündniserweiterung auf fraktionslose MandatarInnen der Liberalen und Linken eine knappe Mehrheit von 2 Mandaten und mit den Fraktionslosen einen bequemen Mehrheitsüberhang von 20 Abgeordneten. Nach dem Brexit verringert sich die Gesamtmandatszahl des EP um 46 auf 705 Abgeordnete, sodass die Mehrheitsschwelle auf 353 Abgeordnete sinkt. Die mit dem Brexit verbundene Anpassung der Mandatsverteilung zwischen den EU-Mitgliedsländern und in der Folge zwischen den EP-Fraktionen ergibt für das Mitte-Links-Fraktionsspektrum eine rechnerische Mandatssumme von 353 und mit Bündniserweiterung auf die fraktionslosen Liberalen und Linken von 372 Abgeordneten. Die Mandatsmehrheit bleibt daher exakt bzw. mit einem Überhang von 19 Abgeordneten erhalten. Ein mehrheitssicheres links-liberales Fraktionsbündnis der „progressiven Allianz“ legt daher die Einbeziehung der fraktionslosen MandatarInnen aus diesem politischen Spektrum nahe.

VERSCHIEBUNG NACH MITTE-LINKS

Summa summarum hat sich die Mandatsverteilung im neu gewählten EP unter dem Aspekt der Bündnisfähigkeit deutlich nach Mitte-Links verschoben: Im 2014 gewählten EP hatte das Fraktionsspektrum einer „progressiven Allianz“ (ALDE, Grüne/EFA, S&D, GUE/NGL) bereits mit 360 Abgeordneten (vor der EP-Neuwahl 2019) eine relative Parlamentsmehrheit gegenüber einer bündnisfähigen „konservativen Allianz“ aus EVP und EKR von 293 Abgeordneten, weil die „rechten“ Fraktionen EFDD (EU-Austrittspopulisten mit 42 Abgeordneten) und ENF (Rechtspopulisten und Rechtsradikale einschließlich FPÖ mit 36 Abgeordneten) wegen ihrer ausgeprägten EU-Feindlichkeit selbst für ein konservatives Parteienbündnis nicht in Betracht kamen. Diese relative Bündnismehrheit einer „progressiven Allianz“ vollendet sich im neu gewählten EP zu einer absoluten Mandatsmehrheit mit einem geringen Mandatsüberhang von 2 Abgeordneten vor dem Brexit, der nach dem Brexit allerdings verloren geht, sodass sich eine exakte Parlamentsmehrheit (353 Abgeordnete) ergibt. Erst durch die

Bündniserweiterung auf fraktionslose MandatarInnen desselben politischen Spektrums wird ein Mandatsüberhang von 20 bzw. 19 Abgeordneten erreicht und damit das Knappheitsrisiko bei kontroversen Abstimmungen deutlich gedämpft. Festzuhalten ist allerdings, dass die Erweiterung der Mandatsbasis für eine „progressive Allianz“ zu einer absoluten Parlamentsmehrheit kein Erfolg der linken Fraktionen ist, sondern ausschließlich auf die Mandatszuwächse in der liberalen und grünen „Mitte“ zurückgeht. Renew und Grüne/EFA haben zusammen 60 Mandate hinzugewonnen, während die „Linksfaktionen“ S&D und GUE/NLG zusammen 44 Mandate verloren haben. Auch im abstimmungssichernden Bereich der Fraktionslosen hat der M5S 3 Mandate abgeben müssen. Im Größenranking der Fraktionen führt allerdings noch immer die sozialdemokratische S&D mit 154 (148 nach dem Brexit) Mandaten vor Renew mit 108 (97), Grüne/EFA mit 75 (68) und GUE/NLG mit 41 (40) Abgeordneten. Der S&D kommt daher auch im neugewählten EP trotz ihrer relativen Schwächung die entscheidende Gestaltungsrolle bei der potenziellen Bildung einer „progressiven Allianz“ zu.

ERSCHWERTE BLOCKBILDUNG DER RECHTEN

Zur Vervollständigung des Bildes der Mandatsverteilung nach der EP-Neuwahl sei noch angefügt, dass ein potenzielles Bündnis der parlamentarischen Rechten eher Zerfallerscheinungen denn eine erkennbare Stärkung aufweist. Das gesamte Fraktionsspektrum von der proeuropäischen demokratischen Rechten (EVP) bis zu den extremistischen und EU-feindlichen Rechtspopulisten (ENF mit der FPÖ an Bord) hat einen Mandatsrückgang von 371 um 54 auf 317 Abgeordnete zu beklagen. Hauptursachen für diesen Einbruch sind die Mandatsverluste der EVP (34) und der EKR (15 vorwiegend durch das Tory-Debakel in UK) sowie die Brexit-bedingte Auflösung des EFDD (42), dessen dominante Parteien M5S und Brexit Party (als in UK siegreiche UKIP-Nachfolgepartei) fraktionslos geworden sind. Dieser beträchtliche Schwund konnte durch den Durchmarsch der rechtspopulistischen Lega in Italien und die AfD-Mandatsgewinne in Deutschland nicht wettgemacht werden, auch wenn das ENF-Erbe in Gestalt der neu gegründeten ID deutlich aufgewertet (von 36 auf 73 Mandate verdoppelt) werden konnte. Daran ändert der Brexit-Effekt wenig, auch wenn im rechten Fraktionsspektrum (EVP, EKR, ID) der Mandatsverlust um 8 Abgeordnete gemildert wird. Die Mandatssumme erreicht sodann 325 gegenüber 353 Abgeordnete des Mitte-Links-Fraktionsspektrums. Nachteilig ist auch die Rechtsverschiebung innerhalb der parlamentarischen Rech-

ten des EP von der demokratischen (EVP) und nationalkonservativen Rechten (EKR) zur rechtspopulistischen und extremen Rechten (ID), wodurch die Bündnisfähigkeit geschwächt wird, solange in der EVP der proeuropäische Mainstream der Christdemokraten/Christlich-Sozialen und Liberal-Konservativen gegenüber dem neoliberal-rechtspopulistischen (Kurz-Orban)-Flügel den Ton angibt.

Welche Auswirkungen haben die Mandatsverschiebungen?

Man sollte meinen, dass diese auch der gesteigerten Wahlbeteiligung und dem Brexit-Abschreckungseffekt (samt voraussichtlichen UK-Austrittsfolgen) geschuldete Stärkung des links-liberalen Parteiensektors im EP vor dem Hintergrund der Timmermans-Wahlkampfankündigung einer „progressiven Allianz“, womit sich die SPE (S&D) selbst in die Pflicht genommen hat, eine entsprechende Wirkung auf die politische EU-Programmatische und die institutionelle Personalauswahl entfaltet. Freilich ist die erste Voraussetzung für eine solche Wirksamkeit, dass man sich nicht am üblichen Kuhhandel des Rats beteiligt. Und die zweite Voraussetzung besteht wohl darin, dass die SPE (S&D) als mandatsstärkste Akteurin innerhalb des Fraktionsspektrums einer möglichen „progressiven Allianz“ den politischen Willen, die strategische Kapazität und die personelle Kompetenz aufbringt, um den links-liberalen Parteiensektor des EP programmatisch zusammenzuführen. Das kann nur gelingen, wenn sich die Allianzpartner in einem breit angelegten, konkret ausverhandelten und schließlich offiziellen Aktionsprogramm für eine umfassende Reform der EU mit ihren politischen Anliegen und Zielsetzungen wiederfinden. Die dafür erforderlichen Kompromisse müssten daher durch programmatische Ankerpunkte abgesichert werden, die vom Geist der Gemeinsamkeit getragen werden und folgende beispielhafte Gestalt annehmen könnten:

(1) Demokratische Aufwertung des EP innerhalb der EU-Institutionen durch Beseitigung seiner Repräsentationsmängel im Wege der Vergemeinschaftung der Gesetzesgrundlage für die Europäische Parlamentswahl; definitive Verankerung des parlamentarischen Initiativrechts; EU-vertragliche Absicherung des Prinzips der SpitzenkandidatInnen bei der Personalauswahl für die Kommissionspräsidentschaft.

(2) „Green New Deal for Europe“ als konkret ausformuliertes Maßnahmen- und Investitionsprogramm für eine sozial ausgewogene Bewältigung der Klimakrise entlang eines Meilensteinplans, der sich am Zeitrahmen für die Erreichung der in den internationalen Abkommen definierten Klimaziele

(„CO₂-Neutralität“) orientiert, wofür es bereits eine Reihe brauchbarer Vorlagen gibt.

(3) Aufbruch in ein „soziales Europa“, das die wirtschaftliche Benachteiligung und gesellschaftliche Spaltung aus der unbewältigten Hinterlassenschaft der globalen Finanzmarktkrise und der Großen Rezession („Scheitern des Neoliberalismus“) endlich zu überwinden beginnt durch eine Reihe von Reformen, die folgende Ziele verfolgen könnten: Implementierung des Konzepts der „Goldenen Regel“ (a) in den Stabilitäts- und Wachstumspakt zur verschuldungsneutralen Sicherung von Zukunftsinvestitionen in alle relevanten Infrastrukturbereiche und (b) in eine EU-weite lohn- und einkommenspolitische Leitlinie mit dem Ausgangspunkt eines vergemeinschafteten Mindestlohnmodells zur Sicherung einer produktivitätsorientierten und daher wettbewerbsneutralen Wohlstandsentwicklung für die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung; Ausstattung des EP als demokratische Repräsentantin der EU-BürgerInnenenschaften mit der parlamentstypischen Steuer- und Budgethoheit als souveränitätsrechtliche Grundlage für ein EU-Steuer- und Abgabensystem mit der Zielsetzung eines EU-Budgets (unter der Verwaltung einer europäischen Finanz- und Budgetbehörde: „EU-Finanzminister“), dessen Defizite durch EU-Neuverschuldung („Eurobonds“) ausgeglichen werden können, um die fiskalpolitische EU-Kriseninterventions- und Entwicklungskapazität als Ergänzung der vorläufigen Möglichkeiten eines „Europäischen Währungsfonds“ (derzeit ESM) langfristig abzusichern; Entwicklung eines institutionellen Koordinationsrahmens, der die horizontale und vertikale Abstimmung auf unterschiedlichen Souveränitätsebenen der Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik als Eckpfeiler einer Konvergenz zu dauerhafter Vollbeschäftigung und einer angleichenden Wohlstandsentwicklung bildet.

(4) Schaffung eines europäischen Asylsystems auf der Grundlage menschenrechtlicher Standards gemäß allen einschlägigen Verpflichtungen der EU; Schutz der EU-Außengrenzen und Eröffnung von legalen Fluchtwegen nach Europa; Regelung der Aufnahmeverteilung von Flüchtlingen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Integrationskapazitäten; einwanderungsgesetzliche Steuerung der wirtschaftlich motivierten Migrationsbewegungen gegen den entwicklungs-hemmenden Brain Drain in den Herkunftsländern und gegen den Lohndruck in den Arbeitsmärkten der EU-Einwanderungsländer; Verstärkung der Integrationsanstrengungen unter Anwendung der „goldenen Budgetregel“; Entwicklung eines

EU-Assoziierungsmodells für die Mittelmeernachbarn in Afrika und im Nahen Osten; breite Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des afrikanischen Kontinents auf der Basis fairer Handelsbeziehungen.

DIE SIGNALWIRKUNG EINES GEMEINSAMEN AKTIONSPROGRAMMS

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und unbeschadet vieler offener Details wird der Identifikationsgrad mit den darstellbaren Ankerpunkten eines gemeinsamen Aktionsprogramms zwischen den Fraktionen einer „progressiven Allianz“ unterschiedlich ausfallen. Entscheidend ist aber die politische Signalwirkung, die von einem offiziell bekundeten und zwischen den Kooperationspartnern programmatisch beurkundeten Willen zur Zusammenarbeit entlang einer neuen, nach mitte-links verschobenen Bündnisachse für den dringenden EU-Reformbedarf ausgeht. Denn angesichts der unterschiedlich gewichteten Entscheidungsmacht zwischen den EU-Institutionen muss eine veränderte Bündnisstruktur im EP eine neue Konfliktdynamik im institutionellen Dreieck EP, Kommission und Rat auslösen. Wie sehr auch immer die Kommission politische Reformprojekte aus dem gemeinsamen Programm einer „progressiven Allianz“ aufgreifen mag, stellt der Rat mit seiner nationalstaatlichen Legitimation und seinem breit anwendbaren Einstimmigkeitsprinzip eine maßgebliche Entscheidungshürde dar. Umgekehrt wird aber gerade der Reformdruck, der nur von einer programmatisch fundierten „progressiven Allianz“ ausgehen kann, die notwendigen Veränderungsprozesse einleiten, die langfristig zu einem demokratischen EU-Regierungssystem mit einer Exekutive (Kommission) und einer parlamentarischen Legislative auf der Basis einer Zwei-Kammern-Struktur (EP und Rat) führt. Damit verbunden wäre auch eine graduelle Föderalisierung der EU mit einer klaren und institutionell koordinierten Aufgabenteilung zwischen den unterschiedlichen Souveränitätsebenen der europäischen Staatengemeinschaft und ihrer nationalstaatlichen Gemeinschaftsmitglieder.

KUHMANDEL ALS POLITISCHER FEHLER

Die politische Ereignisabfolge, die nach der Neuwahl des EP zur Wahl der deutschen CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zur neuen Kommissionspräsidentin geführt hat, wird den Möglichkeiten und Chancen, die sich aus den neu sortierten Kräfteverhältnissen im frisch konstituierten EP und dem SPE-Timmermanns-Wahlkampfplädoyer für

eine „progressive Allianz“ ergeben haben, in keiner vertretbaren Weise gerecht. Vor allem haben es SPE und S&D nicht fertig gebracht, sich vom üblichen Kuhhandel des Rats mit seiner „Hinterzimmerpolitik“ fernzuhalten und statt dessen als mandatsstärkste Gruppierung im links-liberalen Fraktionsspektrum die notwendigen offiziellen Schritte zur Bildung einer neuen Kooperationsschiene mit Zielrichtung „progressive Allianz“ einzuleiten. Offenbar war es für Timmermans und die neue S&D-Fraktionsspitze zu verlockend, dass der SPE-Spitzenkandidat selbst vorübergehend in die taktischen Besetzungskalküle der deutschen Kanzlerin Angela Merkel einbezogen wurde, um ausgerechnet und absehbar an den Visegrad-Ratsvertretern wegen seiner rechtsstaatlichen Prinzipienfestigkeit zu scheitern. Aber immerhin hat er seine bisherige Funktion als erster stellvertretender Kommissionspräsident retten können und ein „halbzeitlicher“ Parlamentspräsident hat auch noch herausgeschaut, sodass sich unter Einbeziehung des spanischen Außenbeauftragten aus der PSOE das Personalkarussell für die SPE (S&D) auf der Stelle gedreht hat. Allein die Europäische Sozialdemokratie hat ihrem ohnehin schwerwiegenden Glaubwürdigkeitsproblem eine weitere Facette hinzugefügt. Ihre Organe verfügen offensichtlich nicht über Willen, Kapazität und Kompetenz für die politische Ausgestaltung einer nach der EP-Neuwahl in den Bereich des Möglichen gerückten „progressiven Allianz“, ihre Ankündigungen im Wahlkampf erweisen sich auch diesmal als Schall und Rauch, sobald es nach überstandener Wahl um die politische Umsetzung jenseits der personellen Besetzungsbeteiligung geht. Das genau ist der Weg in den anhaltenden Niedergang der Europäischen Sozialdemokratie.

VON DER LEYEN IST NICHT DAS PROBLEM

Dabei ist die der Designierung im Europäischen Rat folgende Wahl von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin noch nicht das große Unglück. Ihr politischer track record ist zwar „durchwachsen“ und lässt Zweifel an ihrer Durchsetzungsfähigkeit aufkommen, das persönliche Eignungsprofil steht jedoch dem ihres allseits geschätzten Vorgängers Jean Claude Juncker in nichts nach. Wie sie in ihrer gut vorbereiteten Rede vor dem EP demonstrieren konnte, ist sie fließend mehrsprachig und nach jahrelanger Merkel-Schulung auch in der Lage, erforderlichenfalls die linke Mitte mit entsprechenden Zugeständnissen taktisch klug zu besetzen. Jedenfalls hat sie beherzt politisch schmackhafte Köder in den parlamentarischen Sektor der Liberalen, Grünen und SozialdemokratInnen ausgeworfen, während ihre eigene, mino-

risierte EVP-Fraktion die Füße stillgehalten hat. Und die mit Lockofferten geschickt umworbenen Abgeordneten der linken Mitte haben mit Ausnahme der Grünen mangels besserer Orientierung durch eine „progressive Allianz“ auch zahlreich angebissen, wodurch die knappe EP-Zustimmung zu ihrer Kommissionspräsidentschaft doch noch zustande kam. Der Jammer über die Unterstützung durch rechte Visegrad-Abgeordnete ist müßig, ohne die annähernd doppelte Hundertschaft von Abgeordneten aus den Reihen der Liberalen und der SozialdemokratInnen wären ihre Stimmen völlig wirkungslos geblieben. Ursula von der Leyen hat sich ihre Wahl also durch einen Katalog von Mitte-Links ausgerichteten, der neuen EP-Mandatsverteilung angepassten Versprechungen gesichert, allein sie wird davon wenig durchsetzen können und wollen, das Wettisiko darauf ist überschaubar.

Dem erfolgreichen Kuhhandel des Rats mit seinen Visegrad-begleiteten deutsch-französischen ProtagonistInnen wird die nächste Enttäuschung bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder folgen, die im Sinne des „progressiven Neoliberalismus“ zwar mit gendergerechter Ausgewogenheit und ein paar klimasensiblen („grünen“) Personalien aufwarten wird, die Anzahl der KommissarInnen mit einer Affinität zu einer progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik oder gar zu einer demokratischen Reformagenda für die EU-Institutionen wird man jedoch über die Minderheit dieses für Mehrheitsvoten offenen Gremiums nicht hinauswachsen lassen.

INSTITUTIONENKONFLIKT SOLLTE INHALTLICH GEPRÄGT WERDEN

Welche andere Qualität hätte der Bestellvorgang für die neue Kommissionspräsidentschaft zusammen mit den übrigen Besetzungserfordernissen (Rat, Außenbeauftragte/r, EP, EZB) annehmen können, wenn zumindest die programmatischen Eckpfeiler für eine „progressive Allianz“, mit der vor allem die europäische Sozialdemokratie mit ihrem Spitzenkandidaten Frans Timmermans durch das EP-Wahlergebnis bestätigte Erwartungen geweckt hat, vorhanden gewesen wären. Und wenn man der formidablen Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, die aus der sozialliberalen „Radikalen Venstre“ Dänemarks (Teil des „roten Blocks“ der dortigen Mehrparteienregierungen) kommt, den Vortritt gelassen hätte. Was sowohl den Bonus einer jüngeren weiblichen (Spitzen)Kandidatin mit Kommissionserfahrung als auch eine verstärkte Stimmbindung der Abgeordneten von „Renew“, die

mehr noch als die Fraktion der „Grünen/EFA“ zur neuen Mandatsmehrheit der „progressiven Allianz“ beigetragen haben, erbracht hätte. Und wenn man sich auch nicht von den notorischen WarnerInnen vor der „institutionellen Krise“ abschrecken hätte lassen, deren Kassandrarufe immer dann erschallen, wenn die EP-Mehrheit die Ergebnisse des Ratskuhhandels nicht widerspruchlos abnickt. Zumal der Konflikt zwischen einem EP mit mehrheitlich progressiver Reformagenda und einem politisch heterogenen Rat ohnehin unvermeidlich ist. Je früher er durch eine praktikable Änderung der Entscheidungsstrukturen produktiv gelöst werden kann, desto besser. 🍷

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.

-
- 1) Die Daten entstammen https://de.wikipedia.org/wiki/Europäisches_Parlament und sind mit Stichtag 02.07.2019 ausgewiesen. Die Abkürzungen zu den Fraktionsbezeichnungen sind mit Websites verlinkt, auf denen der volle Wortlaut ausgeschrieben wird und eine Kurzdarstellung der Entstehungsgeschichte angefügt ist.
 - 2) Aus der Wahl der neuen Kommissionspräsidentin ist bekannt, dass die Mehrheitsschwelle mit 374 Abgeordneten festgelegt wurde und Ursula von der Leyen mit 383 Stimmen nur knapp darüber gewählt wurde. Der Grund für die verringerte Mehrheitsschwelle besteht in der Vakanz von 4 Sitzen, sodass zum Zeitpunkt der Abstimmung von insgesamt 747 (751-4) Abgeordneten auszugehen war.
 - 3) Darin erfreulicher Weise nicht enthalten sind die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten aus Österreich, die dem Vernehmen nach (die Abstimmung war geheim) geschlossen gegen die Ratskandidatin gestimmt haben.



JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER
Ausstellungsansicht, 2019
© Kamil Till/Mährische Galerie, Brno/MAK

JOSEF HOFFMANN – OTTO PRUTSCHER

JOSEF HOFFMANN MUSEUM, BRNO, CZ





ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____